

Internationale NATO-Tagung:

Debatten über die Zukunft des Bündnisses



„NATO zu neuen Ufern?“ - Politik, Militär und Wissenschaft trafen sich zu Diskussionen über Perspektiven des Verteidigungsbündnisses. Von links: Admiral a.D. Dieter Wellershoff, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und Generalmajor Harald Kujat aus Brüssel.

Foto: Kühbauch

Spannende Diskussionen mit kompetenten Referenten und sachkundigem Publikum aus 13 Nationen brachte die internationale Fachtagung „Die NATO zu neuen Ufern“ im Oktober in Tutzing. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der revolutionären Veränderung der internationalen Beziehungen standen dabei die neuen Aufgaben des Verteidigungsbündnisses im Mittelpunkt: Wohin steuern die 16 Partnerländer nach der beschlossenen Erweiterung?

Siehe Seite 12

Eliten in Südosteuropa

Die 37. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft, die zum wiederholten Mal mit der Akademie durchgeführt wurde, stand unter dem Motto: Eliten in Südosteuropa. Hochschullehrer, Nachwuchswissenschaftler und Studenten aus deutschsprachigen Ländern und Südosteuropa diskutierten neuere Forschungen über Rekrutierungsmechanismen, soziale Profile und Prägungen der alten und neuen Eliten in Vergangenheit und Gegenwart Südosteupas. Wir dokumentieren die Vorträge von Dr. Juliana Roth (München) und Prof. Dr. Wolfgang Höpken (Leipzig) in Auszügen.

Siehe Seite 16

Rentenversicherung:

Plündern die Alten die Jungen aus?

Steigende Beitragssätze, längere Lebensarbeitszeiten, niedrigere Rente: Meldungen und Schlagzeilen über die ungewisse Zukunft unseres Rentensystems füllen fast täglich die Medien und beunruhigen die Öffentlichkeit. Grund genug für die Akade-

mie und die Landesversicherungsanstalt Oberbayern in einer gemeinsamen Fachkonferenz im September im Münchner Forum-Hotel den Ursachen der Probleme auf den Grund zu gehen und Konzepte zu diskutieren.

Siehe Seite 3

Zeichnung: Mester



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zukunftsproblem Rentenversicherung:	
Reform oder Systemveränderung?	3
Evolution - nicht Revolution	3
Erfolgsbilanz der dynamischen Rente	3
Zynischer Sozialbürokratismus	4
Rentenversicherungsreform nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit	6
Grundrechtsschutz erworbener Anrechte	7
 Erlebte Landeskunde:	
Notizen eines Austausches	9
 Sicherheitspolitik:	
Nato zu neuen Ufern	12
 Gentechnik:	
Chancen und Risiken in der Landwirtschaft	14
 Internationale Hochschulwoche:	
Intelligenz als „verlorene“ Elite	16
„Bürgerliche Berufe“ in Südosteuropa	19
 Kreativ eine originelle Einrichtung mit Leben erfüllt	
<i>Hermann Kumpfmüller gibt Beiratsvorsitz ab</i>	21
 Recherchetraining:	
Informationen aus der Trickkiste	22
 Im Spannungsfeld von Politik und Rhetorik	
Immer kollegial auf allen Ebenen	24
<i>Otto B. Roegle aus dem Kuratorium verabschiedet</i>	25
 Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	
Themen - Tagungen - Termine	26
Zeitung-Echo - Medienstimmen - PresseSplitter	32/37
Anmeldehinweise	35
Namen und Nachrichten	36
	39

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans Maier
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Dr. Horst Denzer, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik, Internat. Politik
Gebhard Diemer, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte
Klaus Grosch,
Internat. Politik, Landeskunde, Erwachsenenbildung

Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik
Uwe Kranenpohl, M.A.
Pers. Referent des Direktors
Jürgen Maruhn, Dipl. Volkswirt
Parteiendemokratie, Extremismus, Sicherheitspolitik

Dr. Michael Plazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit
Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte
Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt
Organisationsreferat:
Elke Leisching
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Redaktion:
Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)
Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)
Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus
Druck:
Neue Presse Druckservice
Watzmannstr. 2a 84529 Tittmoning
Der Akademie-Report wird kostenlos
abgegeben

Zukunftsproblem Rentenversicherung: Reform oder Systemveränderung?

Unter dem provozierenden Titel „Plündern die Alten die Jungen aus?“ stand die gemeinsame Fachkonferenz der Akademie und der Landesversicherungsanstalt (LVA) Oberbayern im September in München. Prof. Dr. Franz Ruland, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungs träger (VDR), eröffnete die kontrovers geführte Diskussion mit seinem Grundsatzreferat und Thesen, die wir - leicht gekürzt und redigiert - dokumentieren. Weitere Beiträge und Gegenthesen aus dieser Veranstaltung (in Auszügen) von Dr. Ludwig Bergner (Geschäftsführer der LVA Oberbayern), dem Juristen Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier von der Universität München, der Ärztin und Autorin Dr. Heidi Schüller und Jörg Tremmel von der „Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen“.

Evolution - nicht Revolution Ein Plädoyer für das bestehende System

von Prof. Dr. Franz Ruland

- Die hohe Arbeitslosigkeit und das Altern unserer Bevölkerung stellen alle Alterssicherungssysteme vor erhebliche Herausforderungen.
- Soziale Sicherung ist mit der ökonomischen Entwicklung untrennbar verbunden. Nicht allein die Zahl der Kinder, die der Arbeitsplätze ist entscheidend.
- Soziale Sicherheit kann langfristig immer nur relativ sein.
- Die Frage lautet daher nicht: „Wie sicher sind die Renten?“, sondern: „Sind sie im Vergleich zu anderen Sicherungsformen weniger sicher?“. Das ist, wie die Geschichte mehrfach gezeigt hat, nicht der Fall. Die Solidargemeinschaft der Rentenversicherten war und ist, weil sie rund 80 % der Erwerbstätigen umfasst, größer und, weil von staatlicher Verantwortung getragen, stärker als die partikulare und gewinnorientierte Solidarität privater Versicherungen.
- Die Rentenversicherung beruht auf der individuellen Verantwortlichkeit des einzelnen für sich selbst.

Für System-Evolution

- Die Rentenreform '92 hat sich im breiten politischen Konsens zu dem System der lohn- und beitragsbezogenen Rente bekannt und ganz we-

sentlich zur Lösung seiner Probleme beigetragen.

- Der Weg der Reformen im System ist mit dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz weiter be-



Franz Ruland: „Der Generationenvertrag hält“
Foto: LVA

schritten worden.

- Die Anhebung der Altersgrenzen ist vorgezogen und beschleunigt worden.
- Die Möglichkeit, vorzeitig in Rente zu gehen, bleibt bestehen, ist jedoch mit den versicherungsmathematischen Abschlägen verbunden. Die Maßnahmen des Wachstums- und

Erfolgsbilanz der dynamischen Rente

von Dr. Ludwig Bergner

Was die Zukunft bringen wird, wissen wir nicht. Fest steht dagegen, daß die Horrorszenarien, die vor vier Jahrzehnten anlässlich der Dynamisierung der Rente vielfach an die Wand gemalt wurden, unbegründet waren. Trotz aller Defizite und Unvollkommenheiten der gesetzlichen Rentenversicherung ist vielmehr eine ausgesprochene „Erfolgsbilanz“ der dynamischen Rente zu verzeichnen: Die verfügbaren Arbeitsentgelte und Renten (also jeweils die Netto-Werte) sind in den 40 Jahren von 1957 bis 1996 - nominal - jeweils auf etwa das Achtfache angestiegen. Real (preisbereinigt, also ohne Berücksichtigung der inflationsbedingten Steigerungen) haben sich die Nettoentgelte und Nettorenten jeweils auf das etwa 2,4fache erhöht. Die Belastungsquote aufgrund des Abzugs von Steuern und von Sozial-

versicherungsbeiträgen hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Den Durchschnittsverdienern des Jahres 1996 ging es also trotz verdoppelter Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wirtschaftlich erheblich besser als den Durchschnittsverdienern des Jahres 1957. Die Rentner haben an dem wirtschaftlichen Aufschwung teilgenommen („dynamische Rente“). Das Ziel der Rentenreform von 1957, die Rentner aus der „Nachbarschaft der Fürsorgeempfänger“ in die „Nachbarschaft der Lohnempfänger“ zu versetzen, wurde also voll erreicht. Die Rentenreform des Jahres 1957 hat sich somit als sehr erfolgreich, ja geradezu als sozialpolitischer Triumph erwiesen und in einem kaum zu überschätzenden Maß zum sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen.

Zynischer Sozialbürokratismus

von Dr. Heidi Schüller

Die Balance des Generationenvertrages ist in allen Bereichen aus den Fugen geraten (Demographie, Arbeitsmarkt, bei den Kosten für Krankheits- und Gesundheitsbetreuung). Sie wird sich in Zukunft (seriös finanziert) aufgrund der weiteren Verschärfung dieser Trends nicht mehr einstellen.

Die junge Erwerbsgeneration ist überfordert mit Steuern und Beiträgen. Wer die Aktiven und Leistungswilligen weiterhin überfordert, treibt sie in die Verweigerung oder außer Landes.

Adäquater Beitrag der Älteren

Wenn weiterhin so viele Sozialressourcen im Vorfeld von echter Not und Bedürftigkeit verbraucht werden, bleibt für die wirklich Chancenlosen und Hilfsbedürftigen auf Dauer zu wenig übrig. Das ist keine Sozialpolitik, sondern ein zynischer Sozialbürokratismus. Die Fama vom „armen“ Rentner stimmt so wenig wie die Mär von der „beitragsbezogenen“ Rente als Lohn für Lebensleistung.

Jetzt müssen auch die Älteren einen adäquaten Beitrag leisten. Sie wurden jahrzehntelang geschont. Ihnen geht es in Deutschland so gut wie keiner anderen Rentnergeneration vor ihnen und keiner anderen auf der Welt...

Erforderlicher Mentalitätswandel

Das Modell der umlagefinanzierten Sozialversicherung taugt nicht mehr für eine rapide alternde Gesellschaft im Umbruch der Arbeitswelt. Die Rentenbezugsdauer (auf die Leistungsbezugsdauer in der GKV und PV) steigt unberechenbar. Es wird höchste Zeit, einen neuen Gesellschaftsentwurf zu konzipieren, der den Faktor Arbeit entlastet und andere gesellschaftliche Leistungen gegenüber der klassischen Erwerbs-

arbeit stärker berücksichtigt. Die Erwerbsfähigkeit endet nicht - wie zur Zeit allzu häufig praktiziert - unter 60 Jahren. Von diesem Zeitpunkt an liegt die Lebenserwartung von Frauen noch bei weiteren 22,5 Jahren (W) bzw. 20,5 Jahren (O); bei den Männern 18,1 bzw. 16,5 Jahren. Dies über alle Sozialversicherungszweige betrachtet, ist von der Nachfolgegeneration nicht zu erwirtschaften. Nicht über Umlageverfahren, Abgaben, und auch nicht über Steuern.



Heidi Schüller: „Die Politik hat kläglich versagt“ Foto: LVA

Wer ohne zwingenden Grund früher aus der Erwerbsphase treten will, muß deutliche Abschläge hinnehmen.

Die Politik hat kläglich versagt. Das Desaster in der Sozialversicherung ist von Sozialpolitikern aus Regierung und Opposition gemeinsam angerichtet... Es muß auch gemeinsam behoben werden. Die Politik der Verschiebebahnhöfe ist ausgereizt. Es ist schon viel zu spät, aber vielleicht schaffen wir wenigstens einen Anfang, um den erforderlichen Mentalitätswandel einzuläuten. ■

Beschäftigungsförderungsgesetzes haben nicht nur kurzfristig ein noch stärkeres Ansteigen des Beitragssatzes verhindert, sie begrenzen ihn auch langfristig. Für 2030 wird zur Zeit mit einem Beitragssatz von 25,5% gerechnet.

• Ein großer Teil des auf die Rentenversicherung langfristig zukommenden finanziellen Problems ist damit bereits gelöst.

• Deshalb bestand und besteht Konsens sowohl darüber, daß weitere Maßnahmen notwendig sind, um den Anstieg des Beitragssatzes noch mehr zu begrenzen, als auch darüber, daß dies im Rahmen des Systems möglich ist und zu geschehen hat.

• Ansatzpunkt ist insbesondere die Laufzeit der Renten.

• Richtig ist, die Altersgrenzen zu flexibilisieren.

• Nachdem der Trend zur Frühverrentung gestoppt und umgekehrt wurde, ist jetzt zu entscheiden, ob die weitere Verlängerung der Lebenserwartung stärker zu Lasten der Rentner oder wie bisher nahezu ausschließlich zu Lasten der Beitragszahler, d. h. der nachfolgenden Generation, gehen soll.

Altersarmut

• Um die Lasten gerechter zwischen den Generationen zu verteilen, soll in die Anpassungsformel ein „demographischer Faktor“ eingefügt werden. So richtig dieser Ansatz ist, er ist sozialpolitisch nicht unproblematisch. Das Nettoniveau bei rund 70% könnte nicht mehr gehalten werden. Die Rentenversicherung als Regelsicherungssystem der gesamten Bevölkerung muß auch künftig eine auskömmliche Alterssicherung gewährleisten. Der Wechsel vom Erwerbseinkommen zur Rente darf nicht wieder - wie vor langer Zeit - zum Schritt in die Altersarmut werden. Bei durchschnittlicher Versicherungsdauer muß allein die Rente deutlich höher als die Sozialhilfe sein. Ansonsten verlieren die Rentenversicherung und die gesetzlich zur Pflicht gemachte Vorsorge ihre Legitimation. Schon heute sind 23,7 Jahre Beitragszahlung notwendig, um eine Rente zu erhalten, die dem Sozialhilfebedarf alleinstehender Rentner

(1996: 1.122 DM) entspricht. Würde das Niveau auf 60% abgesenkt, wären 27,6 Jahre Beitragszahlung notwendig.

- Gelegentlich wird gefordert, das Rentenniveau deutlich abzusenken, um dem Einzelnen mehr Verantwortung, aber auch mehr Spielraum für betriebliche und private Vorsorge zu belassen. Aber trotz solcher Anreize haben viele Versicherte nicht die Chance, sich eine zusätzliche private Vorsorge aufzubauen.

Werteverlust

- Auch deshalb ist der von der Bundesregierung übernommene Vorschlag der Regierungskommission, die durch die steigende Lebenserwartung entstehenden Kosten zur Hälfte über den Beitragssatz und zur Hälfte über eine niedrige Anpassung zu finanzieren, ausgewogen.
- Trotz der Nettoanpassung und des geplanten demographischen Faktors gilt: Renten verlieren ohne Anpassungen ihren Wert.
- Gegen die Alternative, statt dessen in dem Maße, in dem sich die Lebenserwartung verlängert, die Altersgrenzen heraufzusetzen, bestehen erhebliche Bedenken. Um einen entsprechenden Einspareffekt zu erzielen, müßten die Altersgrenzen ganz erheblich angehoben werden. Die Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 66 Jahre spart 0,4 Beitragssatzprozentpunkte.
- Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten wird verbessert werden.
- Dabei ist sicherzustellen, daß die sich aus entsprechenden Entscheidungen ergebenden Mehrkosten der Rentenversicherung steuerfinanziert werden.

Änderungsbedarf

- Ziel der anstehenden Reform muß es auch sein, die Rentenversicherung stärker als bisher von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten. Das sind vor allem nicht beitragsdeckte Kriegsfolge- und Vereinigungslasten, Leistungen im Interesse des Familienlastenausgleichs, der Fürsorge und der Arbeitslosenversicherung, deren Defizit der Bund zu tragen hat. Der Bundeszuschuß gleicht dies nicht voll aus. Daher subventioniert

die Rentenversicherung den Staat. Das ist sozialpolitisch ungerecht und verletzt die Lastengleichheit aller Bürger, weil Beamte, Selbständige und Personen mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze oder z. B. aus Vermögen von diesen Lasten freigestellt sind.

- Auch in der Hinterbliebenensicherung gibt es künftig Änderungsbedarf.
- Abzulehnen sind auch jetzt wieder aufgekommene Überlegungen, das Sicherungsniveau der Rentenversicherung dadurch herabzusetzen, daß ihre Beitragsbemessungsgrenze - 1997 8.200 DM im Monat - abgesenkt oder zumindest festgeschrieben wird.
- Die Zunahme von geringfügigen Beschäftigungen - den 610 DM - „Arbeitsverhältnissen“ - und von „Scheinselfständigkeit“ führt zu einer erheblichen Erosion der die Rentenversicherung finanzierenden Solidargemeinschaft.
- Beide Probleme sind Aspekte eines sich ändernden Arbeitsmarktes. So nimmt auch die Teilzeitbeschäftigung insgesamt zu.

Gegen System-Revolution

- Die Rentenversicherung braucht auch künftig Änderungen im System, ein Wechsel des Systems ist weder notwendig noch sinnvoll. Dies gilt auch für den Vorschlag einer steuerfinanzierten Grundsicherung.
- Die dem geforderten Systemwechsel zugrunde liegende Analyse, daß die Umbrüche im Bevölkerungsaufbau und am Arbeitsmarkt die Grundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung zerstört hätten, ist falsch. Die auch langfristigen Probleme der Rentenversicherung sind im System lösbar.
- Aktuell geht es darum, die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben zu senken, um wieder zu mehr Arbeit zu kommen. Ein Übergang zur Grundrente würde diesen Zielen entgegenlaufen, da er in einer langen Übergangsphase zu Mehrkosten führt.
- Dabei würde die aktive, erwerbstätige Generation bis weit in das nächste Jahrhundert hinein deutlich stärker belastet als durch das jetzige Rentensystem.

- Vielen Aktiven würde wegen der erhöhten Abgaben die Möglichkeit genommen, private Vorsorge zu betreiben.
- Auch die Grundrente beruht auf einem „Generationenvertrag“.

Ungerechte Grundrente

- Sie ist weniger verlässlich.
- Weil wegen der Steuerfinanzierung kein individueller, grundrechtlicher geschützter Anspruch auf die Leistung besteht, könnte die Versuchung, in Zeiten knapper Finanzen die Grundrente auch noch von der Bedürftigkeit abhängig zu machen, übermächtig werden.
- Die Grundrente ist ungerecht und auch nicht geeignet, Altersarmut zu verhindern.
- Der Blick über die Grenzen macht schließlich deutlich, daß in all den Ländern, in denen es steuerfinanzierte Grundrentensysteme gab, ergänzende Pflichtversicherungssysteme geschaffen wurden, um die Differenz zwischen der Grundrente und der Sicherung des Lebensstandards abzudecken.
- Übereinstimmung besteht zwischen Regierung und Opposition auch darüber, daß ein Wechsel vom Umlageverfahren zum Kapitaldekkungsverfahren ausgeschlossen ist.
- Über die Parteigrenzen hinweg ist für die Rentenversicherung die Möglichkeit einer „Untertunnelung“ mehrheitlich abgelehnt worden.

Fazit

- Trotz der Vielzahl von Möglichkeiten im Rahmen des geltenden Systems, den Anstieg des Beitragssatzes weiter zu begrenzen, gilt: Unsere Gesellschaft wird einen Preis für ihr Älterwerden bezahlen müssen.
- Weltweit haben nahezu alle Gesellschaften mit vergleichbaren demographischen Problemen zu kämpfen.
- Der Generationenvertrag hält. ■

Rentenversicherungsreform nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit

von Jörg Tremmel

Umfragen zufolge glauben nur noch 20% der Zwanzig- bis Vierzigjährigen, daß es im System der gesetzlichen Rentenversicherung gerecht zugeht und daß ihre späteren Renten in einem angemessenen Verhältnis zu den heute gezahlten Beiträgen stehen.

Es gibt viele Kriterien, an denen man die Qualität eines gesetzlichen Rentenversicherungssystems messen kann, z.B. seine Effizienz, die Lohn- und Beitragsbezogenheit, die Differenz zwischen Durchschnittsrente und Sozialhilfe, Transparenz, Unabhängigkeit von politischen Einflüssen usw. Am wichtigsten von allem ist jedoch ein anderes Kriterium, das in die Köpfe der Verantwortlichen... noch nicht richtig Eingang gefunden hat. Es ist dies das Kriterium der **intergenerationellen Gerechtigkeit** (Gerechtigkeit zwischen den Generationen): Keine Generation darf bevorzugt oder benachteiligt werden. Ohne Generationengerechtigkeit - soviel ist sicher - droht der GRV der völlige Akzeptanzverlust bei den Jüngeren und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis es zu massiven Beitragsstreiks kommen wird.

Schlechtere Rendite

Das wichtigste Maß für die Generationengerechtigkeit ist die Rendite, die jede Generation aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhält. Bei allen Unterschieden in Detailfragen sind sich alle vorliegenden Berechnungen in einem einig: Die verschiedenen heute lebenden Generationen werden unterschiedliche Renditen aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwarten haben. Bei unveränderter Rechtslage beträgt die Rendite eines Rentners, der im Jahr 2000 in Rente geht, z.B. nach den Berechnungen des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger 6,51 Prozent. Ein heute geborenes Kind, das ungefähr im Jahr 2060 in Rente geht, erhält nur noch eine Rendite zwischen 3,2 und 4,4 Prozent. Entscheidend

ist, daß die Rendite für die heutige Jugend drastisch schlechter ausfallen wird als für die heute alte Generation. Innerhalb von staatlichen Systemen... muß aber garantiert sein, daß keine Generation besser- oder schlechtergestellt wird als eine andere. Eine ungleiche Rendite ist ein Bruch der Generationensolidarität. Dies ist im Kern der Grund, warum die jüngere Generation den Generationenvertrag in Frage stellt.



Jörg Tremmel: „Ohne Generationengerechtigkeit droht der völlige Akzeptanzverlust der gesetzlichen Rentenversicherung“ Foto: LVA

Daher fordert die „Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen“, daß die Renditen der heutigen Rentnergeneration und der heute jungen Generation einander angeglichen werden. Es dürfte klar sein, daß man die unterschiedlichen Renditen nur angeleichen kann, wenn man das Rentenniveau für die *heutigen* Rentner senkt.

Vorschlag Teilungslösung

Wegen des Versagens der Politiker hat die „Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen“ einen eigenen Lösungsvorschlag - die Teilungslösung - in die öffentliche Debatte eingebracht. Der Grundgedanke der Teilungslösung ist folgender: Keine Generation darf bevorzugt oder benach-

teiligt werden. Da ein Systemwechsel nicht möglich ist, sind Jung und Alt „gefangen im System“ und müssen eine Lösung finden, die keine Seite einseitig belasten würde. Die Teilungslösung ist ein sehr einfacher und eleganter Weg, dem genannten Ziel sehr nahe zu kommen. Die Lasten werden zwischen den Generationen geteilt: Die Älteren bekommen etwas weniger, die Jüngeren zahlen etwas mehr, aber keine Generation wird übervorteilt. In einem Satz zusammengefaßt: Die Beiträge dürfen nur erhöht werden, wenn gleichzeitig die Renten im selben Ausmaß gesenkt werden. Jeder neue Finanzbedarf in der Rentenversicherung soll durch eine Aufteilung der Belastungen auf beide Seiten gelöst werden.

Die Beiträge würden bei der Teilungslösung ohne sonstige Reformen bis zum Jahr 2030 gegenüber bisherigen Planungen nur um die Hälfte angehoben werden müssen, das Nettorentenniveau würde deutlich absinken, die Renten aber weiter steigen.

Die Teilungslösung hat auch gegenüber dem Vorschlag, in die Rentenformel eine demographische Komponente einzubauen, entscheidende Vorteile: Eine Änderung der Rentenformel ist bei ihr nicht notwendig. Die bisherigen Baugesetze unseres Rentensystems müßten in keiner Weise geändert werden. Anders als die von

„Es gibt keinen Generationenvertrag ohne Vertrauen der Jüngeren“

der Regierungskommission entwickelte Idee berücksichtigt die Teilungslösung nicht nur die sich ändernde Lebenserwartung, sondern sämtliche Veränderungen der externen Rahmenbedingungen der gesetzlichen Rentenversicherung: demographischen Wandel, Schwankungen am Arbeitsmarkt, Änderungen der Lebenserwartung oder der Selbständigenquote. Die Teilungslösung ist also der eleganteste Weg zur Lastenteilung.

Fazit: Wenn die Rentenversicherung nicht unverzüglich nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit reformiert wird, so wird sie untergehen. Es gibt keinen Generationenvertrag ohne Vertrauen der Jüngeren. ■

Das Bundesverfassungsgericht hat - trotz mancher Warnungen - in seiner bahnbrechenden Entscheidung vom 28. Februar 1980 den Schutz der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie des Artikel 14 GG auf die Versichertenrenten und die Anwartschaften auf Versichertenrenten der gesetzlichen Rentenversicherung erstreckt. Mehr denn je drängt sich heute die Frage auf, was ein verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz von Rentenpositionen wirklich leisten kann, die in einem Umlagesystem finanziert werden, das sich den bekannten Schwierigkeiten, wie der demographischen Entwicklung, den drastischen Verlängerungen der Rentenlaufzeiten, den Arbeitsmarktproblemen und den rentenversicherungssystemfremden Belastungen ausgesetzt sieht. Was zu Beginn der 80iger Jahre vielleicht noch als Ausdruck guter Verfassungsästhetik, untermauert von einem festen Glauben an immerwährende ökonomische Prosperität, juristisch kreiert sein möchte, ist inzwischen zum verfassungsrechtlichen Ernst- und Spannungsfall größter Dimension geworden.

Das Verfassungsgericht betont allerdings - so insbesondere im Ausfallzeiten-Beschluß vom 07. Juli 1981 - die Notwendigkeit eines abgestuften Eigentumsschutzes. Es gibt danach einen besonders stringenten Eigentumsschutz in den durch Leistungsäquivalenz geprägten Bereichen der Rentenpositionen und einen - gemessen an den Eigenleistungen des Befreitigten - „überschießenden“ Eigentumsschutz. In diesem zweiten, weiten Eigentumsbereich verfügt der Gesetzgeber... über einen weiten Gestaltungsspielraum. Die besonders geschützte Zone des personalen Bezuges erstreckt sich auf diejenigen Berechnungsfaktoren, die sich als lohn- oder beitragsbezogen erweisen, die „durch die persönliche Arbeitsleistung“ des Versicherten mitbestimmt werden.

Grundrechtsschutz erworberner Anrechte

von Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier



Hans-Jürgen Papier:

„Ein grundlegender Systemwechsel hin etwa zur steuerfinanzierten Grundversorgung der Bevölkerung wäre nach alledem nur für künftige Generationen möglich, die noch keine oder keine nennenswerten Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt und folglich keine Anwartschaften aufgebaut haben.“

Foto: LVA

Die Eigentumsgarantie des Artikel 14 GG erfährt durch eine Erstreckung auf sozialversicherungsrechtliche Positionen letztlich eine nicht unerhebliche Wandlung. Aus einem Freiheits- oder Abwehrrecht des einzelnen gegen den Staat wird ein Teilhaberecht an staatlicher Leistung. Teilhaberechte stehen aber unter dem Vorbehalt des finanziell Möglichen.

Teilhaberecht an staatlicher Leistung

Der Eigentumsschutz des Artikel 14 GG erstreckt sich auf die Ansprüche und Anwartschaften der sozialversicherungsrechtlichen Rentenversicherung, die Ansprüche aus der Krankenversicherung, der Unfall- und Arbeitslosenversicherung. Die Beitragsleistungen der Arbeitgeber müssen

dabei den Arbeitnehmern und Versicherten als eigentumsrelevante Eigenleistungen zugerechnet werden. Auch die Hinterbliebenenrenten und -anwartschaften müssen auf der Grundlage der bisherigen Judikatur des Verfassungsgerichts als beitragsfinanzierte Versicherungsleistungen dem Eigentumsschutz des Artikel 14 GG prinzipiell unterstellt werden.

Angemessener Lebensunterhalt

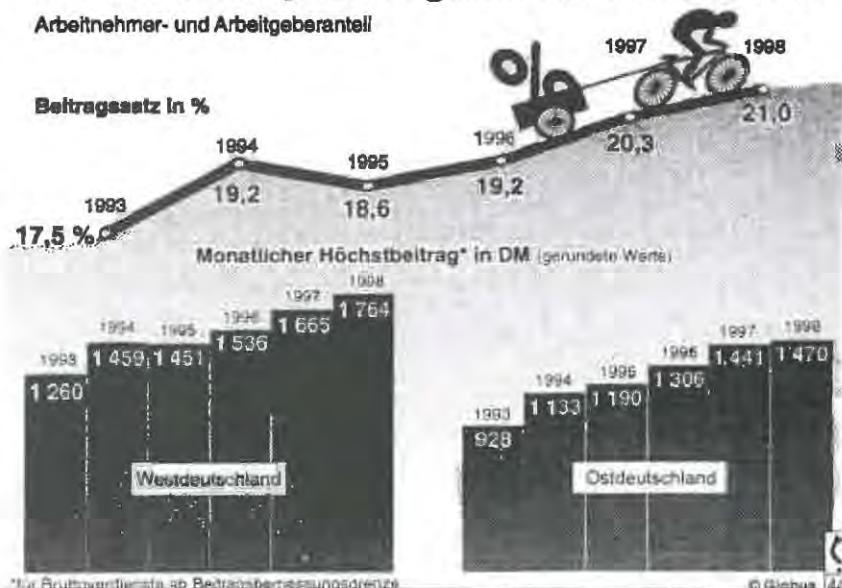
Noch nicht abschließend geklärt ist die Frage, ob und aus welchen Prinzipien bzw. Vorschriften ein Verfassungsschutz für die sog. Lohnersatzfunktion der Altersrente, also vornehmlich für eine Orientierung der Renten am jeweiligen allgemeinen Lohnniveau, hergeleitet werden kann. Aus dem Grundgesetz folgt allerdings die Gewährleistung der Lohnersatzfunktion der Renten. Diese haben sich sowohl als Zugangs- wie auch als Bestandsrenten am jeweiligen allgemeinen Lohnniveau zu orientieren. Dies ergibt sich allerdings nicht aus der Eigentumsgewährleistung des Artikel 14 GG, sondern ist vielmehr Ausfluß einer rechtsstaatlichen Kontinuitätsverpflichtung und Vertrauensschutzgewähr des sozialgestaltenden Gesetzgebers sowie einer gewissermaßen intertemporären Gleichbehandlung. Aus dem Rechtsstaatsprinzip sowie dem allgemeinen Gleichheitssatz des Artikel 3, Absatz 1 GG folgt nämlich das an den Gesetzgeber gerichtete Gebot, den jeweils Finanzierungs- und Abgabenpflichtigen grundsätzlich Anwartschaften und Rentenrechte zu gewährleisten, die dem von ihnen finanzierten Versicherungssystem vergleichbar sind, die mit anderen Worten einen angemessenen Lebensunterhalt am Maßstab des - späteren - Lohn- und Preisniveaus... gewährleisten. Die verfassungsrechtliche Verbürgung der Lohnersatzfunktion der

Renten geht über die Wahrung des existenziellen Minimums der Da-seinssicherung hinaus. Auf der anderen Seite ist der einfache Gesetzgeber dadurch nicht auf ganz bestimmte Anpassungsmodalitäten, -größen, -formeln und -zeitpunkte festgelegt. Die verfassungsrechtliche Gewährleistung der Lohnersatzfunktion wird auch dann noch nicht tangiert, wenn aufgrund des Einbaus einer „demographischen Komponente“ in die Rentenformel der Anstiegswinkel der Rentenanpassung mittelfristig verringert wird. Im Falle einer solchen Systemaufgabe wären die bereits entstandenen Ansprüche der Generationen der Leistungsempfänger ebenso wie die bereits existenten Anwartschaften der jetzt Aktiven im Kernbestand und in der Grundstruktur zu erhalten und zu erfüllen. Damit ist... keine bestimmte Leistungshöhe der Rente von Verfassungswegen geschützt, wohl aber die prinzipielle Struktur und Funktion der Sozialrente. Die enormen Belastungen, denen sich der Generationenvertrag gegenüberstellt, erfordern allerdings unbestreitbar Systemkorrekturen und Systemanpassungen, um die vielfach auch grundrechtlich geschützten Be-lange der Leistungsbezieher und Anwartschaftsberechtigten einerseits und der Beitragszahler andererseits in

„Wenn mit einem Strauß von gesetzgeberischen Korrekturmaßnahmen das Gesamtsystem dauerhaft gestützt und erhalten werden kann, dann sollte man nicht den Weg des radikalen Systembruchs wählen, auf dem man sich schnell im engmaschigen Netz verfassungsrechtlicher Schutzinstrumente verheddern und dann möglicherweise in den Abgrund des verfassungsjuristischen Chaos stürzen könnte. Von den gesellschaftspolitischen Folgen möchte ich hier gar nicht sprechen.“

Rentenversicherung: Beitragslast immer schwerer

Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil



Die Rentenversicherung steht vor einem schwierigen Problem. Zum einen sinkt die Zahl der Beitragszahler - vor allem wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit. Zum anderen nimmt die Zahl der Rentner zu. Immer weniger Berufstätige müssen für immer mehr Ruheständler aufkommen. Ohne Reformen ist diese Entwicklung finanziell nicht in den Griff zu bekommen; ohne Reformen sind Beitragserhöhungen notwendig.

Quelle: Bundesarbeitsministerium

Graphik: Globus (G 4482)

ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Es geht keinesfalls an, die einen gegen die anderen verfassungsjuristisch auszuspielen. Wenn mit einem Strauß von gesetzgeberischen Korrekturmaßnahmen das Gesamtsystem dauerhaft gestützt und erhalten werden kann, dann sollte man nicht den Weg des radikalen Systembruchs wählen, auf dem man

pekt der Verhältnismäßigkeit von Leistung und Gegenleistung nicht. Für Beitragszahler, die künftig in Rente gehen werden, braucht die Rendite der Beitragsleistungen nicht unbedingt das bisherige Niveau zu halten, eine „Null-Rendite“ oder gar ein Minuswert dergestalt, daß die Rentenzahlungen nicht mehr ausreichen, um das „investierte Kapital“ zu

„Im Falle einer solchen Systemaufgabe wären die bereits entstandenen Ansprüche der Generationen der Leistungsempfänger ebenso wie die bereits existenten Anwartschaften der jetzt Aktiven im Kernbestand und in der Grundstruktur zu erhalten und zu erfüllen.“

sich schnell im engmaschigen Netz verfassungsrechtlicher Schutzinstrumente verheddern und dann möglicherweise in den Abgrund des verfassungsjuristischen Chaos stürzen könnte. Von den gesellschaftspolitischen Folgen möchte ich hier gar nicht sprechen. Verfassungsrechtliche Probleme in bezug auf die Beitragsbelastungen stellten sich bislang unter dem As-

verbrauchen, dürfte allerdings die Grenze der verfassungsrechtlichen unzulässigen, evidenten Disproportionalität von Leistung und Gegenleistung überschreiten. ■

Erlebte Landeskunde:

Notizen eines Austausches

18 norwegische Deutschlehrer und -innen erfahren deutsche Realität nach der Einheit

Lebensnahe Erfahrungen in und mit der deutschen Realität nach 1990 waren das Ziel eines zweiwöchigen Seminars für 18 norwegische Deutschlehrer und -innen. Mitinitiiert und getragen wurde das Programm vom Leiter der Sprachabteilung im Goethe-Institut Oslo, Franz Grill. Für dieses Pilotprojekt konnten europäische Fördermittel aus dem SOKRATES-Programm gewonnen werden. Ein breiter Themenbogen spannte sich von A wie Ausländerfeindlichkeit bis Z wie Zukunft des Alpentransits. Ein Überblick über deutsche Geschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Deutschen Einheit gehörte ebenso zum Programm wie die Besonderheiten des bayerischen Schulsystems und des Landesparlamentarismus.

Besonderes Augenmerk wurde auf die methodisch-didaktische Aufbereitung gelegt: Vorträge und Lehrgespräche wechselten sich ab mit Gruppendiskussionen und Referaten der Teilnehmer. Auf zahlreichen Exkursionen zu Lernorten wurden die Lehrer direkt mit Fakten und Problemen konfrontiert. Für die Dokumentation dieser Tagung wählen wir einmal einen anderen Weg. Statt des traditionellen Tagungsberichts lassen wir die norwegischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst zu Wort kommen. Wir zitieren aus ihren Abschlußberichten, die sie für das europäische SOKRATES-Programm geschrieben haben:

...Fakten hinterfragen

Die Vorträge mit anschließenden Diskussionen in den Bereichen Geschichte, Wirtschaft und Sozialpolitik sowie Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland waren so interessant und wirklichkeitsbezogen, daß wir eigentlich nur auf Schwerpunkte eingehen konnten. Die Referenten waren nicht nur fachlich bestens ausgewiesen, sondern verstanden es auch ausgezeichnet, uns dazu zu zwingen, Fakten zu hinterfragen und Zusammenhänge herauszufinden. Sie

gingen immer wieder in höchst kompetenter Weise über das Thema hinaus, wenn wir Fragen hatten... Bei allen Exkursionen war stets die Bemühung vorhanden, uns die deutsche Kultur inspirierend und kompetent zu vermitteln. Bereits vorhandenes Wissen wurde dabei erweitert und natürlich auf den neuesten Stand gebracht. Die Spannweite der Themen war so groß, daß mein Deutschlandbild um einiges vertieft und präziser als vorher dasteht. *Markus Paoli*

*Kompetent und sensibel:
Cord Brügmann
(4. v. rechts)
vom Förderverein
der KZ-Gedenk-
stätte Dachau
beeindruckte die
norwegischen
Lehrer mit seinen
Erläuterungen und
Einschätzungen
des historischen
und aktuellen
Nazismus.*



Fotos: Schröder



*Bäuerliches Leben und Kultur in
Oberbayern im Lauf der
Jahrhunderte:
Museumspädagogin Franziska
Loberhofer-Hirschbold (rechts)
vom Freilichtmuseum auf der
Glentleiten gab einen Einblick in
die Alltagswelt bäuerlicher
Familien.*

...Ein Seminar wie eine Vitaminpille

Die Akademie ist eine Stätte der Begegnung mit idealen Lernbedingungen... Dank hervorragender Lehrkräfte und Referenten ist die Zeit verflogen und die Diskussionen setzten sich oft bis in den späten Abend fort. Dies lag sicher auch an der Form: keine Vorträge im herkömmlichen Sinn, sondern Wissensvermittlung mit kritischen Dialogen, kombiniert mit Exkursionen... Der Kurs hat eine neue Perspektive gegeben, die Verhältnisse im eigenen Land zu beurteilen (zum Beispiel: Energiepolitik, Umweltpolitik, Schule). Das Seminar war eine große Inspiration. Ich freue mich darauf, meine Eindrücke an Schüler und Kollegen weiterzuvermitteln, die angeschnittenen Themen weiter zu diskutieren. Ein Seminar mit Langzeitwirkung, wie eine Vitaminpille!

Jenny Horn-Solberg

...Aktuell und interessant

Das Programm hat bei mir schon vor der Reise Neugier geweckt. - Das Beste am Kurs: Die Vorträge waren nicht einzelstehende Inseln, sondern waren sehr gute Vorbereitungen zu den folgenden Ausflügen danach. Die Begleiter waren alle sehr tüchtig. Sowohl die Führung des historischen Stadtrundganges in München als auch in der KZ - Gedenkstätte Dachau waren sehr gut.

Kare Waksvik



Alternative Energiequelle Wasser: Betriebsingenieur Markus Krinner (links) erläuterte die Technik des Walchensee-Kraftwerks in Kochel am See.

...Jugend und NS-Zeit

Der Besuch der KZ-Gedenkstätte Dachau war für mich besonders interessant. Der Herr, der uns geführt hat, war sehr tüchtig und es war sehr interessant zu erfahren, wie die deutschen Jugendlichen heute die Nazizeit ansehen.

Elin Kvamme

...Kritische Reflektionen

Ich fühle mich sehr privilegiert, in diesem Seminar Teilnehmer gewesen zu sein. Ich habe sehr gute Erfahrungen gemacht und neue Kenntnisse bekommen. Es wurde ein sehr spannendes und herausforderndes Programm geplant und alles ist auf eine ausgezeichnete Weise organisiert und durchgeführt worden. Der Historiker Dr. Benno Fischer hat mit seinen Vorlesungen, Überlegungen und Fragestellungen uns viele neue Erfahrungen über deutsche Geschichte und Landeskunde zugeführt. Er hat nicht nur unsere Fragen auf eine sehr interessante Weise beantwortet, sondern uns auch neue Herausforderungen gegeben, um selbst neue Reflektionen und Überlegungen zu machen... Dieses Seminar hat meine Erwartungen voll erfüllt. Wenn ich wieder zu Hause bin und meine Schüler und -innen treffe, werde ich meine neuen Erfahrungen und Erlebnisse mit ihnen teilen.

Svein Rangnes

...Wichtige Landeskunde

Mir hat die Zusammenstellung des Programmes am besten gefallen: Eine schöne Mischung von Vorlesungen, Gruppenarbeit, Fragen und Diskussionen zu den Themen und Exkursionen. Es ist sehr wichtig, Landeskunde zu erleben. Auf diese Weise lernt man viel schneller. Man hätte Monate lang lernen müssen, um sich dieselben Kenntnisse zu erwerben.

Kjell Rugset

...Teilnehmer ernst genommen

Das Seminar ist sehr anspruchsvoll gewesen in dem Sinne, daß viele schwierige Themen - zum Teil auch mit empfindlichem und emotionalem Charakter - bearbeitet worden sind... Ich finde es besonders befriedigend, daß die Seminarleitung die Teilnehmer ernst genommen hat, daß die Zielsetzung des Kurses sehr anspruchsvoll gewesen ist, und daß die Referenten ein hohes Fachniveau vertreten haben.

Sivert Ödegaard

...Interessanter Landtag

Es hat mich sehr gefreut, einen für mich neuen Teil Deutschlands kennenzulernen. Süddeutschland war mir vorher ganz unbekannt. Der Besuch des Bayrischen Landtags hat mich sehr interessiert, ich wußte wenig darüber.

Ragnhild Holman



Probleme des Alpenraums vor Ort kennengelernt: Peter Keller (links) vom Alpenforschungsinstitut Garmisch-Partenkirchen referierte am Wank über Bergwaldsterben, Alpentransit und sanften Tourismus.

...Zum Nachdenken angeregt

Die Themen sind hochaktuell. Die historischen Themen über die Weimarer Republik und das Dritte Reich sind direkt mit Demokratiefragen in unserer Gegenwart verknüpft. Bei den historischen Themen haben die Referenten meines Erachtens sehr gut vermocht, die geschichtlichen Vorgänge an die Gegenwart zu knüpfen und den Teilnehmern des Seminars deutlich zu zeigen, wie die Gegenwart ein Produkt historischer Ereignisse ist. Sie haben es sehr gut verstanden, die großen Linien nachzuzeichnen und die Teilnehmer zum Nachdenken anzuregen... Es ist gelungen, sehr tüchtige und geschickte Fachleute für die verschiedenen Themen zu finden. Ich denke, daß der Dialog zwischen den Kursteilnehmern und den Referenten ganz problemlos verlaufen ist. Die Kombination von Referat-Dialog- und Exkursionen zu den Themen hat mir sehr gut gefallen. Eine sehr offene und gelassene Atmosphäre. Ich habe viel erwartet, und ich bin nicht enttäuscht worden - eher begeistert.

Atle Rasberg

Rektor Toni Aigner (links) zeigte den norwegischen Lehrerinnen und Lehrern Kloster und Schule in Andechs



Auf Hitlers Spuren: Dr. Eva Strauß (rechts) vom Verein Stattreisen führte die norwegische Gruppe durch das München der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus

...Gute Stimmung

Ich finde es zwecklos, auf Einzelheiten einzugehen. Es war eigentlich eine Reihe von Höhepunkten, erlebnisvoll und informativ zugleich... Die Referenten waren gut bis hervorragend: kooperationsfähig und flexibel, objektiv und kritisch, freundlich und zum Teil auch enthusiastisch. Die Kommunikation und Interaktion mit den Teilnehmern war meistens sehr gut. Man hat alles getan, um unseren Aufenthalt möglichst erfolgreich zu machen. Deswegen hat es auch vom ersten Tag an unter den Teilnehmern eine gute Stimmung gegeben... Ich befürchte, daß ich ein solches Seminar nie wieder erleben werde, bevor ich in den Ruhestand trete. Das beste Seminar, das ich je erlebt habe. Sehr lehrreich und anregend für meine weitere Tätigkeit als Deutschlehrer und Vermittler deutscher Kultur. Ich bin kein Geschichtslehrer. Jetzt verstehe ich Einzelheiten und Zusammenhänge besser.

Björn Fareth



...Exotische Klöster

Es war sehr spannend, die deutsche Nachkriegsgeschichte mit deutschen Augen zu sehen. Es gab auch Möglichkeiten, sich in den vielen schwierigen Fragestellungen zu vertiefen... Die Führung im KZ Dachau war außergewöhnlich gut gemacht und auf die Gegenwart bezogen. Die vielen Klosterbesuche sind für mich als Norwegerin ganz exotisch. Die Aspekte aus der bayerischen Kultur sind völlig verschieden von der norwegischen Kultur.

Kristin Hatlebrekke

Sicherheitspolitik: Nato zu neuen Ufern

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die internationalen Beziehungen revolutionär verändert. Die NATO, das erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Welt, steht vor herkulischen Aufgaben. Wohin steuern die 16 Partnerländer nach der beim Juli-Gipfel in Madrid beschlossenen Bündniserweiterung? Die Tagung vom 17. - 19. Oktober: „Die NATO zu neuen Ufern“ erbrachte bei kompetenten Referenten und sachkundigem Publikum aus 13 Nationen spannende Debatten über die Aufgabe der NATO in der gesamteuropäisch-atlantischen Sicherheitslandschaft heute.

Zu Beginn charakterisierte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral a.D. Dieter Wellershoff, die gegenwärtige Sicherheitslage als die Ersetzung von Bedrohung durch Risiken und Herausforderungen. Einerseits seien im zusammenwachsenden Europa Konflikte unwahrscheinlich, anderseits würden wir in Zeiten der Globalisierung mit vielen Konflikten und Erdbebenzonen der Welt konfrontiert. Die drei Grundvoraussetzungen für unsere Sicherheit seien: Unsere Werte (Freiheit, Demokratie, Menschenwürde, Rechtsstaat) müssten unser Handeln bestimmen. Die Wertordnung brauche Instrumente für ihre Verteidigung (Streitkräfte, Krisenmanagement, Konfliktprävention). Der politische Wille zur Verteidigung unserer Wertordnung müsse klar und bestimmt sein.

gerüstet sein, die Erweiterung des Bündnisses ermöglichen, die NATO-Strukturen und -verbände auch ausserhalb des Bündnisses einsetzbar



Harald Kujat

„Solidarität entsteht durch Multinationalität“

„Kommandostrukturprobleme spiegeln nur politische Konflikte wieder“

„Aufgabe der NATO ist: Kollektive Verteidigung einschließlich Stabilitätstransfer, und, wenn es sein muß, auch Krisenmanagement“

machen und die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität fördern. Es komme darauf an, das gesamte Spektrum

promiß zwischen der Kohäsion des Bündnisses, den Wünschen der Beiträtskandidaten und der Einbindung von Rußland und der Ukraine.

Die Stimme der Beiträtskandidaten vertrat Prof. Dr. László Kiss, leitender Sachverständiger am Institut für internationale Angelegenheiten in Budapest. Ähnlich wie in Polen und der Tschechischen Republik sehen die meisten Ungarn das Streben in die EU und in die NATO als logische Folge, zusätzliche Legitimation und Abrundung des Systemwechsels. Diese drei Völker und ihre Intellektuellen hatten den Systemwechsel seit den fünfziger Jahren aktiv betrieben, sowohl in den berühmten revolutionären, wenngleich stets auf tragische Weise unterbrochenen Versuchen, als auch auf leisen Sohlen. Dennoch wollte Kiss den NATO-Beitritt nicht als antirussisch verstanden wissen, im Gegenteil: er betonte die Zusammenarbeit im NATO-Rußland-Rat als wichtigen Teil einer europäischen



Dieter Wellershoff

„Ohne Prävention werden militärische Konflikte wieder aufflammen.“

„Nicht Waffen sind für Konflikte verantwortlich, sondern die Menschen.“

„Wichtiger als Freundschaft mit den Nachbarn ist, daß die Nachbarn Demokratien sind.“

Generalmajor Harald Kujat vom Internationalen Militärstab der NATO in Brüssel, wichtigster deutscher Militär für die Zukunftsplanungen der NATO, schilderte anschaulich die Schwierigkeiten bei der Anpassung der Strukturen des Bündnisses an die neue Lage. Die neue Führungsstruktur müsse für vielfältige Risiken

militärischer Einsatzmöglichkeiten innerhalb und außerhalb des traditionellen NATO-Gebiets mit einem einheitlichen Führungsinstrument zu bewältigen. Bei allen Schwierigkeiten betonte er aber die aus langer Tradition erwachsene erfolgreiche Konsensfindung in der NATO, auch wenn das Zeit koste.

Sicherheitsstruktur. Wegen seiner Minderheiten in anderen europäischen Staaten habe besonders Ungarn großes Interesse an einem Mit einander bei der Öffnung nach Westen. Es sehe sich dabei in der historischen Vorreiterrolle eines Landes, das schon früh - noch als Mitglied des Warschauer Paktes - eine pragmatische Außenpolitik betrieben habe. Kiss betonte, daß Außenminister Gyula Horn bereits 1988 Ungarns Beitrittsinteresse bekundet hatte. Die legendäre Grenzöffnung von 1989, die zehntausenden Ostdeutschen zur Flucht nach Österreich verhalf, sei nur eine logische Fortsetzung dieser Politik gewesen.

Aus dem Chor der Nichtbeitretenden waren die Stimmen von Rußland und der Ukraine von besonderem Interesse, nicht nur weil sie beide eine vertragsähnliche Partnerschaft mit der NATO erreicht haben, sondern auch weil ihr Verhältnis u.a. wegen des Streits um die Schwarzmeerflotte und der Westorientierung der Ukraine nicht ohne Spannungen ist. Dennoch sprach Andriy Fialko, stellvertreten-



Andriy Fialko

Fotos: Kühbauch (4)

der Leiter der Abteilung Außenpolitik im Präsidialamt der Ukraine, von Rußland als Sicherheitspartner. Die Ukraine strebe gute Beziehungen zu allen Nachbarn und Kooperationen mit allen europäischen und transatlantischen Institutionen an, mit dem längerfristigen Ziel der Assoziiierung und der Freihandelszone mit der Europäischen Union. Sicherheitspolitisch sei die in der Charta von Madrid festgeschriebene besondere Partnerschaft mit der NATO für die Unabhängigkeit der Ukraine gegenüber dem übermächtigen Rußland von besonderer Bedeutung.

Andrej Kelin, Abteilungsleiter für NATO und WEU-Angelegenheiten im russischen Außenministerium, hatte den schwierigsten Part, die Position seiner Regierung verständlich zu machen. Alles andere als ein polternder Hardliner, legte er differen-

Paris habe für Rußland zwei Seiten. Einerseits befestige sie die NATO-zentrierte Stabilitätspolitik in Europa; andererseits gebe sie Rußland Partizipationsmöglichkeiten und beschränke die Möglichkeiten der NATO in den Beitrittsstaaten.

„In der neuen sicherheitspolitischen Situation haben wir keinen Feind, aber wir haben viele Buschfeuer und zwischen Feuer und Feuerwehr gibt es keine Möglichkeit, eine neutrale Position zu beziehen.“

László Kiss

„Wenn die NATO-Erweiterung fortgesetzt wird, kann das Vertrauen zwischen Rußland und dem Westen zerbrechen. Wir können in die Situation kommen zu entscheiden, ob die Grundlagenakte ausreicht oder ob wir andere auf Gewalt gestützte Methoden anwenden müssen.“

Andrej Kelin

ziert die Haltung Rußlands zur NATO dar. Einerseits hob er die gute praktische Zusammenarbeit mit der NATO hervor, andererseits betrachtete er aber die NATO unverändert als ein Instrument der Konfrontation und die NATO-Erweiterung als einen unfreundlichen Akt gegen Rußland. Rußland nehme die jetzige Erweiterung hin, billige sie aber nicht; ein

„Selt ihrer Unabhängigkeit hat die Ukraine in der NATO ein wichtiges Instrument für die Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa gesehen.“

„Wenn die Ukraine sich jetzt um eine NATO-Mitgliedschaft bewürbe, würde das die Beziehungen Rußland - NATO und das gesamte Klima der NATO-Ost-erweiterung zerstören.“

Bündnisbeitritt der Ukraine, Weißrusslands oder der baltischen Staaten werde es niemals akzeptieren. Die Grundlagenakte mit der NATO von

Zum Abschluß der Tagung öffnete General a.D. Wolfgang Altenburg, früherer Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, den Blick in die Zukunft der europäischen Sicherheit. Mehr denn je sei eine präventive Außen- und Sicherheitspolitik notwendig. Dafür sei ein verlässliches transatlantisches Bündnis auf der Basis der gemeinsamen Werte unverzichtbar. Altenburg plädierte leidenschaftlich für schnellere Fortschritte in der europäischen Einigung und für größere Anstrengungen der Europäer im Sicherheitsbereich. Europa könne sich nur deshalb so langsame Fortschritte in diesem Feld leisten, weil die NATO da sei. Sie habe sich unglaublich gewandelt (besonders für den Insider deutlich) und sei deshalb befähigt, Rußland die Hand zur Partnerschaft zu reichen.

H. Denzer / J. Maruhn / Chr. Kühbauch

„Die NATO ist der Eckstein für die europäische Sicherheit, wenn Europa der andere ist. Die Zukunft meines Vaterlandes wird künftig im Staatenbund Europa gestaltet.“

„Grundlage der NATO-Erweiterung ist nicht Bedrohung, sondern das souveräne Recht der Staaten, für Ihre Sicherheit zu sorgen.“

„Für mich sind die europäischen Armeen längst die Avantgarde des Zusammenwachsens Europas und im transatlantischen Verhältnis ganz sicher eine der Atlantik-Brücken.“



Wolfgang Altenburg

Chancen und Risiken in der Landwirtschaft

Politische und moralische Herausforderungen einer Zukunftstechnologie

Die Erfindung der Gentechnologie ist ein wissenschaftlicher Quantensprung, der menschlicher Macht über die Schöpfung eine neue Qualität gegeben hat. Hierin liegt gleichzeitig der Unterschied zu anderen revolutionären Technikentwicklungen, wie z.B. der Mikroelektronik: Die Biotechnologie, insbesondere das Klonen höherer Organismen, trifft bei den Menschen auf Urängste, auf die Befürchtung, die Wissenschaftler wollten sich in ihrer Hybris mit der Schöpfung selbst messen. Sind die bestehenden gesetzlichen Vorschriften und Steuerungssysteme dem Versuch des Mißbrauchs aus solcher Forschung gewachsen, oder gewinnt der wissenschaftliche Fortschritt eine unaufhaltsame und unkontrollierte Eigendynamik?

„Die politische und moralische Herausforderung Gentechnologie“ - so der Tagungstitel - war die erste Veranstaltung zu diesem Themenkreis an der Akademie. Da die öffentliche Diskussion aufgrund neuerer wissenschaftlicher Fortschritte wie der Klon-

nung des Schafes „Dolly“ nicht gerade affektneutral geführt wurde, legte Tagungsleiter Gebhard Diemer großen Wert auf naturwissenschaftlich fachkundige Referenten: „Wir müssen zunächst eine fachliche Grundlage schaffen, auf der wir diskutieren kön-

nen. Erst danach sollten wir uns mit ethischen Fragen auseinandersetzen.“

Begriffe vermischt

Prof. Dr. Gerhard Wenzel von der Universität Weihenstephan stellte die Thematik ausdrücklich aus dem „Blickpunkt eines Befürworters“ dar. Er verglich die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft mit den bisherigen Methoden konventioneller Züchtung: „Wir können mit dieser Technologie nicht mehr erreichen als mit den bisherigen Verfahren der Artenkreuzung. Aber wir können es nun schneller und auf unsere Bedürfnisse abstimmen.“ Wenzel zog den Schleier des Nichtwissens von den Augen vieler seiner Zuhörer: „Viele Begriffe, die eigentlich verschiedenen Wissenschaften entstammen, werden in den Medien zu Unrecht vermischt.“ Um neuere Forschungsergebnisse zu verstehen, bedarf es einer genauen Trennung der Gebiete sowie einer korrekten Benutzung der wissenschaftlichen Definitionen. Eine „Klonung“ kann sich beispielsweise auf eine einzelne Zelle, einen DNA-Strang oder einen ganzen Organismus beziehen.

Orientierung an ethischen Maßstäben

Weder die Naturwissenschaft, noch die Technik können Werte formulieren. Sie sagen nur, ob etwas erreicht werden kann, aber niemals, ob dies erreicht werden soll. Seit den siebziger Jahren gibt es in der Bundesrepublik unabhängige Gutachtergruppen (Ethik-Kommissionen) aus Ärzten, Naturwissenschaftlern, Juristen, Theologen oder Philosophen, deren Aufgabe es ist, die ethische Vertretbarkeit wissenschaftlicher Forschung zu beurteilen. Dies ist immer dann notwendig, wenn dem menschlichen Fortschritt räumlich und zeitlich besonders weitreichende oder unabsehbare Auswirkungen innewohnen. Die traditionelle Ethik beschäftigt sich mit den Fragen nach dem „höchsten Gut“, dem „richtigen Handeln“ und der „Freiheit des Willens“. Auch in der modernen Ethik sind diese Grundsätze noch enthalten, es bedarf aber einer genaueren Definition dessen, was sie heute vermag:

■ Die Ethik ist keine Überwissenschaft. Um Ergebnisse zu erzie-

len, muß sie mit den Naturwissenschaften in einen Dialog treten.

■ Die Frage „wozu ist es gut?“ steht an erster Stelle. Die Ethik kann keine Anstöße geben, aber sie kann Nutzen und Schaden für zukünftige Generationen abwägen und eine moralische Beurteilung aussprechen.

■ Die Ethik betrachtet wissenschaftliche und technische Errungenschaften als Werkzeuge, welche einem Hammer vergleichbar sind, der sowohl im Guten, wie im Bösen verwendet werden kann.

■ Die Ethik kann eine moralische Orientierung vermitteln, aber auch sie ist nicht frei von Irrtümern. Naturwissenschaftliche, technische und medizinische Entwicklungen sind stets mit dem Risiko des Mißbrauchs behaftet, daher können die Protagonisten des technischen Fortschritts nicht von Ihrer Verantwortung freigesprochen werden.

Chr.K.

Weniger Pestizide

Günter Donn von der Hoechst Schering GmbH in Frankfurt stand ebenfalls auf der Seite der Befürworter. Seine Firma arbeitet derzeit an der Optimierung von Raps- und Maissorten mittels Gentechnik. Nach Donns Argumenten führt auf Dauer kein Weg an der landwirtschaftlichen Anwendung vorbei. Besonders in der Pflanzenproduktion biete die Gentechnik ungeahnte Chancen, den zunehmenden Verbrauch an Pestiziden und Düngemitteln einzuschränken. Pflanzen mit einem höheren Eiweiß- und Fettgehalt, verbesserten Hitze- und Kälteresistenz könnten in Zukunft die überbevölkerte Welt ernähren. Für die Industrie versprechen Investitionen in das „genetic engineering“

eine Rendite für die Zukunft. Nach Prognosen von Marktforschern wird das Wirtschaftsvolumen in der Agro-Biotechnologie bis zum Jahr 2000 auf 1,1 Mrd. DM ansteigen. Bei entsprechenden Rahmenbedingungen könnten in der Bundesrepublik bis zu diesem Termin 100.000 Beschäftigte im Bereich der Biotechnologie tätig sein.

Störung des ökologischen Gleichgewichts

Die Stimme der Skeptiker vertrat Dr. Martha Mertens vom Bund Naturschutz in Bayern. Sie sah in der Anwendung gentechnologischer Methoden ein „unkalkulierbares Risiko“. Beim derzeitigen Stand der Forschung könne keine absolut zuverlässige Aussage über die Reaktion der Natur auf

gegen Schädlinge aller Art ausgebildet werden, für welche die Evolution hunderttausende von Jahren benötigte. Es bestehe die Gefahr, daß derart hochresistente Pflanzenarten das ökologische Gleichgewicht stören und durch Verdrängung die Artenvielfalt eines Biotops auf ein Minimum reduzieren.

Prof. Dr. Armin Wildfeuer von der Katholischen Fachhochschule Paderborn sprach zum Abschluß der Tagung über die ethische Herausforderung Gentechnik.

Ethik-Kommission gefordert

Er forderte die Aufstellung von Ethik-Kommissionen in Bereichen, bei denen mit Gentechnik oder deren Produkten

der anderen Seite wurde von keinem der Redner, auch nicht von den Befürwortern, das Risiko im Umgang mit der Gentechnik angezweifelt.

Die Teilnehmer wollten die öffentliche Diskussion mit weniger Emotionen befrachtet sehen. Technischer Fortschritt sei stets mit Wagnissen verbunden gewesen, die „Risikogesellschaft“ müsse sich mit seinen Auswirkungen auseinandersetzen und diese nach Nutzen und Schaden abwägen und steuern.

Das von einigen Kritikern geforderte Verbot der Gentechnik dürfte aufgrund der enormen weltweiten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen nicht realistisch sein. Um so wichtiger sei deshalb eine wirksame politische und rechtliche Kontrolle, die sich



Zeichnung: Tomaschoff

gentechnisch manipulierte Organismen getroffen werden. Diese Freisetzungssproblematik - danach kann ein einmal ausgesetzter Organismus nicht mehr in das Labor zurückgeholt werden - gelte auch für dessen evolutive Entwicklung. In relativ kurzer Zeit könnten Abwehrmechanismen

gearbeitet wird. In der Diskussion kam der Zwiespalt zum Ausdruck, in dem sich die Gesellschaft der Bundesrepublik derzeit befindet. Einerseits wurde die Befürchtung laut, die Bundesrepublik würde hier zum wiederholten Mal den Anschluß an eine Zukunftstechnologie verpassen. Auf

nach ethischen Maßstäben richte. Gerade für Staat und Verwaltung, für politische Mandats- und Verantwortungsträger sei diese neue, sowohl risiko- als auch chancenreiche Technologie eine „politische und moralische Herausforderung“.

Christian Kühbauch

Intelligenz als „verlorene“ Elite

Intellektuelle Diskurse in Bulgarien 1990 - 1996

von Dr. Juliana Roth

Die bulgarische Entwicklung nach dem November 1989 unterschied sich in ihren Hauptzügen kaum von jener in den anderen sozialistischen Staaten. Bedingt durch das historisch gewachsene Verständnis der geistigen Führungsrolle der Intelligentsia sowie durch das tatsächliche politische und moralische Engagement einzelner Intellektueller war im Bewußtsein der bulgarischen Öffentlichkeit eine Art Gleichsetzung von Intellektuellen und Opposition entstanden. In der politischen Relevanz dieser Gleichsetzung liegt wohl die Erklärung für die enorme öffentliche Aufmerksamkeit, die der Intelligentsia insgesamt und ihren exponierten Vertretern sofort nach der Wende zuteil wurde.

Im folgenden möchte ich den Verlauf und die wichtigsten Inhalte der „Intellektuellendiskussion“ vorstellen. Aus kulturwissenschaftlicher Sicht möchte ich auf einige Aspekte hinweisen, die ein Erklärungspotential für die heutige Transformation der bulgarischen Gesellschaft enthalten. Als Hauptquelle meiner Fallstudie nutze ich alle erschienenen Jahrgänge (1990 - 1996) der Wochenzeitung Vek 21, die in ihrem Anspruch, aber auch im öffentlichen Ansehen als programmatisches Forum der intellektuellen Elite galt. Bereits der selbstbewußt gewählte Titel „21. Jahrhundert“ zeugt von der großen Zuversicht, die die Intellektuellen bezüglich ihrer historischen Leit- und Vorbildrolle hegten: die blaue Farbe im Titel verwies symbolisch auf die Zugehörigkeit zur antikommunistischen Opposition (UDK).

1. Phase (1990 - 1991): Auf dem Weg zur Macht

Diese Phase markiert die Periode zwischen dem Wahlsieg der Sozialisten im Juni 1990 und ihrer Ablösung von der politischen Verantwortung nach den vorgezogenen Wahlen im Oktober 1991 durch die oppositionelle UDK. In dieser Zeit weist die Intellektuellen-Debatte ihre größte Intensität auf. Die Beiträge sind am zahlreichsten und sind immer zentral positioniert. Die Themenwahl und ihre engagierte, gelegentlich pathetische Behandlung spiegeln die damalige Aufbruchsstimmung unmittelbar nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft. Sie zeugen von dem hohen Selbstwertgefühl der Intelligentsia sowie von ihrem Anspruch auf die geistige und

moralische Führung der Nation.

Das Hauptinteresse der Beiträge in Vek 21 in dieser Periode gilt der Politik und der Kultur (im engeren Sinne). Wirtschaftsthemen sind unterrepräsentiert, und wenn sie vorkommen, so beschwören sie plakativ und allgemein die Vorteile verschiedener marktwirtschaftlicher Modelle, ohne den Bezug zur bulgarischen wirtschaftlichen Realität herzustellen. Die wichtigsten Themen in dieser Phase sind - neben der Bloßstellung des jeweiligen politischen Gegners und der bösen Natur des Kommunismus - das Aufbrechen des kommunistischen Informationsmonopols, d.h. Nachholen von Information über einstige Tabuthemen, über gemiedene Autoren, die Betrachtung historischer Themen aus neuer Sicht und die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Die Kritik an den Zuständen vor 1989 sowie die Abrech-



Juliana Roth Foto: privat

nung mit früheren Ereignissen und Führungspersönlichkeiten beherrschen jede Ausgabe: Die Beliebtheit dieser Themen und der aggressive Ton in den Artikeln belegen das Aufkommen einer neuen, nun antikommunistischen „political correctness“.

Vom 6. - 10. Oktober waren Hochschullehrer, Nachwuchswissenschaftler und Studenten aus den deutschsprachigen Ländern und Südosteuropa eingeladen, um im Rahmen der 37. Hochschulwoche über „Eliten in Südosteuropa: Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart“ zu diskutieren. Die Hochschulwoche findet seit vielen Jahren als gemeinsame Veranstaltung von Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) und Akademie in Tutzing statt. Vor dem politischen Umbruch im ehemaligen Ostblock war sie eines der wenigen Foren, bei dem sich Wissenschaftler aus diesen Ländern mit ihren westeuropäischen Kollegen nahezu frei austauschen konnten. Seit der Wende ist es auch den jüngeren Wissenschaftlern möglich, an diesem Austausch teilzuhaben. Die ungekürzten Vorträge von Juliana Roth und Wolfgang Höpken erscheinen im Tagungsband, den die SOG 1998 publizieren wird.

Auffallend ist das Fehlen von Kritik nach innen. In den seltenen Fällen, in denen kritische Töne aufscheinen, wird nicht zur Sache, sondern in Form eines persönlichen Angriffs auf den Kritiker reagiert, dem „kommunistisches Gedankengut“ nachgewiesen wird.

2. Phase (1991 - 1992): An der Macht

Diese Periode ist markiert durch die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die oppositionelle UDK. Den Intellektuellen brachte sie den Triumph, daß sie nun in der ihnen gebührenden Führungsrolle bestätigt waren. Viele von ihnen gelangten in Regierungämter und andere hohe Positionen, was in Spezialbeiträgen besonders gefeiert wurde: Der Anspruch auf die Rolle der Intelligentsia als moralische und richtende Instanz wurde noch ausgeweitet.

Und doch: für den außenstehenden Beobachter nehmen Intensität und Anspruchsniveau der Intellektuellen-diskussion merklich ab. Hat sich die Intelligentsia-Problematik erschöpft oder ist sie für die Leserschaft nicht mehr so zentral? Vek 21 bringt immer mehr Informationen und Berichte, die Analysen nehmen ab, politische Themen treten in den Hintergrund. Die Beiträge zur Intellektuellen-Problematik werden seltener und sind auf engeren Fragestellungen beschränkt. Neu ist die Diskussion über die Spaltung der Intellektuellen in „Idealisten“ und „Pragmatiker“: Den „Pragmatikern“ wird zunehmend Nähe zu kommunistischen Machthabern vorgeworfen und zugleich das moralische Recht auf Führung abgesprochen. In Verbindung damit wird das Thema der Parteiintelligentsia aktualisiert, also jener, die ihren beruflichen und sozialen Aufstieg der Verflechtung mit dem kommunistischen Regime verdanken. Ähnlich wie in der Vergangenheit, stellt sich die Nähe zur Macht als eine ernste Bedrohung der eigenen Identität dar, denn durch sie wird die Abgrenzung vom kommunistischen Gegner undeutlich. Die Aufspaltung in „Idealisten“ und „Pragmatiker“ bedeutet eine neue Grenzziehung, die jedoch stabilisierende Wirkung hatte und die Zusammengehörigkeit und Identität im Innern durch die deutliche Abgrenzung nach „außen“ schuf.

Auch in dieser Phase nimmt die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit einen zentralen Platz ein. Die stereotype Erklärung für alle Mißstände, vergangene wie gegenwärtige, „an allem ist der Kommunismus schuld“, bestach durch ihre Einfachheit. Kritische und differenzierte Auseinandersetzungen mit der postkommunistischen Realität bleiben aus. Der Blick war rückwärts gewandt und weiter auf die „böse Natur“ des Kommunismus fixiert.

3. Phase (1992 - 1996): Nicht mehr an der Macht

Der vorzeitige Rücktritt der UDK-Regierung im Dezember 1992 und die Rückkehr der Sozialisten an die Macht markieren den Beginn der dritten Phase. Die Kommentare in Vek 21 zeigen deutlich die Enttäuschung und Bitter-

keit über den Verlust, der in der öffentlichen Meinung auch als Versagen der Intellektuellen gedeutet wurde. Die Zahl der Beiträge zur Intellektuellen-Problematik nahm stark ab und selbst die Wörter Intellektueller und Intelligentsia tauchten immer seltener auf. Die wenigen einschlägigen Beiträge erscheinen nun ausschließlich in Vek 21, das seit 1993 inhaltlich

die Intellektuellen ihre zentrale Position in Gesellschaft und Staat verloren hatten und daß andere, vorwiegend wirtschaftlich definierte Gruppierungen an ihre Stelle getreten waren. Die Intellektuellen-diskussion war 1995 an ihr Ende gelangt und abgeschlossen. Das sinkende öffentliche Interesse an der Intelligentsia spiegelte sich im Lebensweg ihres Blattes: 1995 erschien

Nachgeschlagen:

Die Südosteuropa-Gesellschaft

Die Südosteuropa-Gesellschaft mit dem Hauptsitz in München und weiteren 19 Geschäftsstellen in der ganzen Bundesrepublik wurde 1952 mit dem Ziel gegründet, eine wissenschaftliche Mittlerorganisation im Dienste einer völkerbindenden Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik und den südosteuropäischen Ländern zu sein. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Republik Moldau, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Türkei, Ungarn und Zypern zu festigen und den wissenschaftlichen Austausch zwischen diesen Ländern zu fördern. Zu diesem Zweck veranstaltet sie Konferenzen und Symposien und vergibt Stipendien, sowohl für kurzfristige Forschungsaufenthalte deutscher Wissenschaftler in Südosteuropa, als auch für Forschungsaufenthalte südosteuropäischer Wissenschaftler in Deutschland. Darüber hinaus besteht unter dem Dach der Gesellschaft ein Verein „Copernicus e.V.“, der besonders qualifizierten Studenten der Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften aus dem südosteuropäischen Raum ein Gastsemester mit anschließendem Praktikum an der Universität München ermöglicht.

und gestalterisch sein Gesicht auffällig veränderte: Aus dem einst anspruchsvollen Intellektuellen-Blatt wurde zunächst ein allgemeines Informationsblatt zur Politik und Kultur mit vielen Kurzbeiträgen, mit Informationen zu Kulturveranstaltungen und mit Werbung, während Kommentare und Analysen nahezu verschwanden. Das häufigste Thema war die politische Krise der UDK, die mit kommunistischer Verschwörung erklärt wurde: Es fehlte weiterhin an einer ernsthaften kritischen Aufarbeitung nach innen und es blieb bei den verzweifelten Versuchen, die Schuld für das Geschehene allein beim politischen Gegner, den ehemaligen Kommunisten, zu suchen. Das Intellektuellen-Thema schien überholt zu sein und die wenigen aufmunternden Beiträge (Vek 21 11/1994) können nicht darüber wegtäuschen, daß

es noch regelmäßig in veränderter Form als Massenblatt, 1996 wurde es erneut umgestaltet und erschien bis Mitte des Jahres mit dem Inhalt und Format eines Boulevardblattes. Dann wurde das Erscheinen ganz eingestellt.

Gründe für das Scheitern

Die Verdrängung der Intellektuellen im Postsozialismus ist ein politisches Phänomen, das meist aus politikwissenschaftlicher und soziologischer Perspektive betrachtet wird. Man kann es u.a. mit „weichen“, kulturbbezogenen Kriterien analysieren. Von herausragender Bedeutung erscheint mir hier die ethnologische Kategorie *In-group-Outgroup* und das damit im Zusammenhang stehende Paar *privat*-*öffentlich*. Die Unterscheidung zwischen sozialem Drinnen und Draußen

ist natürlich eine universelle Kategorie. Die Art der Grenze zwischen beiden, ihre Markierung und Gewichtung können jedoch je nach Kultur sehr unterschiedlich ausfallen. Ein spezifisches Merkmal der bulgarischen (bzw. der balkanischen) Kultur ist die Neigung zur Bildung von sehr festen Grenzen zwischen beiden und zur strikten Aufteilung der sozialen Umwelt in Innen und Außen. Bei ihrer Realisierung in nahezu allen kommunikativen Interaktionen, z.B. bei Gründungen von Parteien oder Interessenverbänden, bei Gesprächen, Verhandlungen, Leistungsbeurteilungen, Arbeitsaufträgen usw., bedeutet das, daß die beteiligten Personen allein nach ihrer Gruppenzugehörigkeit (Ingroup - Outgroup) und nicht nach sachlichen Kriterien beurteilt werden. Bevorzugt werden stets die Mitglieder der Ingroup, da das Aufrechterhalten der interpersonellen Beziehungen Priorität vor der Aufgabenerfüllung hat. Es gelten auch unterschiedliche Normen für die Kommunikation mit Personen, die „zu uns gehören“ („nas covek“) und mit solchen, die als Outgroup definiert werden („drugite“).

Ingroups und Outgroups

Diese Werthaltungen sind handlungsleitend und bestimmen, daß man sich etwa einer Partei, einer Gruppierung oder Zeitungsredaktion nur anschließt, wenn deren Führungsperson von den „unsrigen“ („nasi“) sind. Es sind dies Denk- und Handlungsweisen, die ständig neu Klientelsysteme reproduzieren. Es ist sicher nicht falsch zu sagen, daß der im kulturellen System Südosteuropas tief verwurzelte Klientelismus wesentlich auf der scharfen Absetzung des sozialen Drinnen vom Draußen basiert. In der bulgarischen Gesellschaft ist der Widerstand gegen Teilnahme von außen hoch. Die starke Aufgliederung der Individuen, auch der Intellektuellen, nach Ingroups und Outgroups betont zugleich auch die Grenze zwischen privat und öffentlich, die eine wirkliche Annäherung der Individuen und einen Austausch nur im Innenraum möglich macht. Jeder Annäherungsversuch von außen wird tendenziell als ein Angriff, bestenfalls als eine nicht ernstzunehmende Idee interpretiert.

Diesen Kommunikationsmechanismus kennt jeder, der in Bulgarien - und anderswo in der Region - versucht hat, sich engagiert an einer Problemlösung zu beteiligen, um hinterher festzustellen, daß alle seine Vorschläge ohne erkennbare Gegenargumente einfach ignoriert wurden: „Das ist unsere Sache, das verstehen Sie nicht“ ist die höfliche, „Warum müssen die Fremden immer mit Ratschlägen kommen“ die weniger höfliche Erklärung, mit der der Fremde auf seine Zugehörigkeit zur Outgroup und auf den großen sozialen Abstand hingewiesen wird.

Die bulgarische Intellektuellendiskussion ist nach der Art ihrer Austragung (trotz ihrer medialen Öffentlichkeit) deutlich als ein intimer, nach innen gerichteter Diskurs zu bezeichnen.

Das ständige Ziehen neuer Grenzen und der Rückzug ins Private haben eine sehr wichtige Konsequenz: Die ohnehin schwache Tendenz zum Gedankenaustausch mit Andersdenkenden nimmt weiter ab, die Entwicklung einer formalisierten öffentlichen Sphäre, die Freiräume für den kritischen Diskurs bieten könnte, wird behindert, die Umgangsformen werden von der geringen Fähigkeit zur Distanzierung und Reflexivität dominiert, kurz: es herrscht die „Tyrannei der Intimität“. Verständlich wird damit die Bevorzugung der personalisierten Diskussionsführung und die Meidung von sachorientiertem Diskurs: Wenn Meinungsaustausch nur innerhalb der Ingroup möglich ist, wo es einen breiten Sockel gemeinsamer, nicht hinterfragter Überzeugungen gibt, dann können Gedanken auch nur unter Bezug auf das persönliche Profil ihres Urhebers richtig gedeutet werden. „Wer hat das gesagt“ statt „Was hat er gesagt“ wird dann zur vorrangigen Frage.

Die Intimität der Ingroup schafft sehr dichte Kommunikationskontakte. Das bedeutet, daß ein großer Teil der Information nicht im expliziten „Text“ enthalten ist, sondern ausschließlich als gemeinsamer Wissensvorrat der Ingroup vorhanden ist. Außenseiter haben in der Regel zu diesem Wissen keinen Zugang, und in der Tat sind große Teile der veröffentlichten Inhalte ohne intimste Kenntnisse der

personalen Kontexten und Beziehungen nicht verstehbar. Für die adäquate Interpretation der Zeitungsinhalte ist also zumeist das Insider-Vorwissen oder das Einholen des jeweiligen Diskussionskontextes unabdingbar, was nur durch face-to-face-Kommunikation in Gesprächen und Interviews mit vertrauten Insidern möglich ist. Die Öffentlichkeit des Printmediums erweist sich damit weithin als eine Scheinöffentlichkeit. Dieser Umstand, der die Erstellung von zuverlässigen Analysen enorm erschwert, ist nur wenigen auswärtigen Analysten bewußt.

Scheinöffentlichkeit

Die Konsequenz ist diskursive Isolation und eine patriarchale Abgeschlossenheit gegenüber der Außenwelt, die sich als ein unüberwindbares Hindernis für die Herausbildung eines offenen gesellschaftlichen Diskurses erweist und jeden Ansatz von kritischem Umgang als „Nestbeschmutzung“ denunziert. Die Aussicht auf die Entwicklung von Bewegungen, Netzwerken oder Institutionen, die unabhängig vom Staat im öffentlichen Raum zwischen Individuum und Staat existieren und handeln, erscheint angesichts dieser sozio-kulturellen Strukturmerkmale als ziemlich unrealistisch. ■

„Akademie-Report“ befragte zwei Teilnehmer nach den Gründen ihrer Teilnahme und den Erfahrungen, die sie nach Hause mitnehmen.

Zoltán Vasali, Student, Fakultät für Politische Theorie an der Eötvös Loránd Universität Budapest:

„Ich studiere Geschichte, Politikwissenschaft und Katholische Theologie in Budapest und beschäftigte mich in meiner Diplomarbeit mit der Stellung der katholischen Eliten im politischen Leben Ungarns. Zu dieser Tagung bin ich gekommen, da das Thema sehr nahe an meinen Forschungen ist. Ich hoffe, viel über ungarische Eliten hören zu können und mein Professor ist sehr gespannt, was ich an Wissen von dieser Tagung mitbringen werde. Darüber hinaus bin ich natürlich sehr froh, meine Sprachkenntnisse intensivieren zu können.“

Zwischen Bürokratie und Bürgertum: „Bürgerliche Berufe“ in Südosteuropa

von Prof. Dr. Wolfgang Höpken

Bürgerliche Berufe oder Professionen sind ein noch relativ junger Gegenstand sozialhistorischer Forschung. Zusammengefaßt werden unter dieser Bezeichnung jene Berufsgruppen, die durch eine Reihe gemeinsamer Merkmale verbunden sind, mit denen sie sich von anderen Sozialgruppen abheben: ein spezialisiertes, zunehmend akademisches Wissen, der Anspruch auf ein Monopol für die von ihnen angebotenen Dienstleistungen, eine weitgehende Selbstregulierung der inneren Verhältnisse der jeweiligen Berufsgruppe, ein aus der Qualifikation abgeleiteter Anspruch auf ein hohes soziales Prestige und zumeist auch auf ein überdurchschnittliches Einkommen, schließlich ein über den Beruf gewonnenes Zusammengehörigkeitsgefühl und eine gemeinsame korporative Identität - dies ist es, was die Professionen zu einer sozialen Konfiguration besonderer Art verbindet.

Im Zentrum der Professionen stehen vor allem Juristen, Ärzte, Professoren, Lehrer und später auch technische Berufe wie Ingenieure oder Architekten, mit unscharfen Grenzen in Bereiche wie das Beamtenamt hinein. Der Kanon der als bürgerliche Profession anerkannten Berufe variiert freilich nicht nur von Land zu Land, sondern auch in der Zeit: einzelnen beruflichen Gruppen, etwa den Ingenieurbüroberufen, gelingt auf dem Wege gezielter Professionalisierungsstrategien die Aufwertung in den Kreis der „bürgerlichen Berufe“, andere, wie



Wolfgang Höpken Foto: privat

Barbara Braun, Studentin,
Universität Bonn:

„Ich studiere Politikwissenschaft und Osteuropäische Geschichte, habe mich mit Transitions- und Demokratisierungstheorien beschäftigt und auch Serbokroatisch als Sprache belegt. Diese Tagung ist für mich nun eine sehr gute Gelegenheit, über meinen eigenen Schwerpunkt hinaus etwas über das Verhalten von Eliten in Übergangssituationen zu erfahren. Darüber hinaus ist die Elitenfrage wichtig, weil gerade auf dem Balkan sehr häufig mit Vergangenheit, Geschichte und Mythen operiert wird, also: weil etwas in der Vergangenheit war, werden daraus gleichzeitig Dinge für die Gegenwart abgeleitet. Von daher ist es sehr wichtig, sich mit der Geschichte zu beschäftigen.“

Interviews: Klemens Schrenk

chung einer Gesellschaft, oder gar als Meßlatte „gelungener Modernisierung“ genommen worden.

Wie fügt sich nun Südosteuropa ein in den Prozeß des Entstehens solcher beruflicher Elitenfraktionen, den wir, wenn auch in ganz unterschiedlichen Verlaufsformen und Ausprägungen in ganz Europa seit dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts beobachten können?

1. Professionalisierung „vom Staat aus“

Die Entwicklung der bürgerlichen Berufe war in Südosteuropa zunächst einmal ganz eine Angelegenheit des Staates. Hierin ist bereits eine und sicherlich die zentrale sozialgeschichtliche Besonderheit der Professionen in dieser Region zu erblicken. Zwar war auch in Mitteleuropa, in Frankreich, im deutschen oder im Habsburger Raum, das Schicksal der Professionen eng an den Staat geknüpft. Der Staat schuf hier viele der Voraussetzungen für ihr Entstehen; er besaß - anders als in Großbritannien oder den USA - das Monopol auf die Bildungsinstitutionen, aus denen sie hervorgingen; er kontrollierte auf dem Wege von Staatsprüfungen die Qualifikationsanforderungen und regelte so die Zulassungspraxis zu den Berufen, er setzte mittels des Koalitionsrechts die Bedingungen für deren Selbstorganisation und: er stellte nicht zuletzt einen beträchtlichen Teil der Absolventen in seine Dienste. Dietrich Rueschemeyer hat daher auch für Mitteleuropa von einer „staatlich gesponserten Professionalisierung“ gesprochen. Hannes Siegrist hat, - die prägende und die kontrollierende Rolle des Staates für die bürgerlichen Berufe noch stärker betonend - den Begriff der „Professionalisierung von oben“ gebraucht. In Südosteuropa ist die Rolle des Staates für Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Berufe aber noch von ungleich größerem Gewicht gewesen. Die „extraordinary fixation on the state“, von der auch der amerikanische Historiker Konrad Jarausch für das deutsche Beispiel gesprochen hat, sie verblaßt, setzt man das Verhältnis von Staat und Professionen in den südosteuropäischen Staaten

dagegen. Schon das Entstehen der bürgerlichen Berufe war auf dem Balkan letztlich ganz maßgeblich an die Nationalstaatsbildung gebunden. Die Erfordernisse der quasi aus dem Nichts heraus erfolgenden staatlichen Institutionenschöpfung produzierte überhaupt erst eine Nachfrage nach Inhabern akademischer Ausbildung und professionellem Wissen. Der Staat regulierte auch, wer in den Genuß einer solchen beruflichen Qualifikation kam. Bevor die Balkan-Staaten sich mit der Gründung von Hochschulen bzw. Universitäten eigene Ausbildungsinstitutionen für akademische Berufe schufen, war die Vergabe von Stipendien bzw. ein Studium im Ausland das wichtigste Regulierungsinstrument, um das Entstehen akademisch qualifizierter Berufe den Bedürfnissen des Staates anzupassen. Der Staat beschäftigte zunächst auch praktisch alle Absolventen einer professionellen Bildung.

„Moderne Berufe“ ohne Vertrauen

Während in Mitteleuropa Industrialisierung und mehr noch der Ausbau des Wohlfahrtsstaates für Juristen, aber auch für Ingenieure und Mediziner letztlich einen Nachfrageschub an professionellen Dienstleistungen außerhalb der staatlichen Verwaltung auslöste und so einen immer größeren Teil der Professionen aus der Abhängigkeit eines staatlichen Angebotsmonopols befreite, fand in den südosteuropäischen Gesellschaften ein vergleichbarer Prozeß nicht statt. Ökonomische Gründe, mithin also die Folgen der generellen Modernisierungsschwäche der südosteuropäischen Staaten waren für die Enge der Dienstleistungsmärkte nur ein, keinesfalls aber der einzige Grund. Ein anderer war, daß die neuen, „modernen“ Berufe unter der Bevölkerung nicht immer das entsprechende Vertrauen gewannen, um Nachfrage zu produzieren. Immer wieder beklagten vor allem Mediziner bis weit über die Jahrhundertwende hinaus, daß die bäuerliche Bevölkerung sich der medizinischen Dienstleistung verweigere. Lieber trage man die kranken Kinder in das nächste Kloster als sie zum Arzt zu bringen, so berichtete beispielsweise ein

serbischer Kreisarzt um die Jahrhundertwende. Die vergleichende Professionalisierungsforschung hat gezeigt, wie entscheidend das Entstehen der freien Berufsgruppen in Mitteleuropa gerade von der Nachfrageseite her, durch den Bedarf und das wachsende Vertrauen in die Qualifikation der Experten, stimuliert wurde. Dieser Impuls fiel in Südosteuropa weithin aus. Nur in den urbanen Zentren unter der schmalen Oberschicht entwickelten sich letztlich bescheidene nicht-staatliche Märkte für eine freie Ausübung der Professionen. Angesichts einer solchen Marktlage blieb für die Masse der Professionen der Staatsdienst natürlich eine attraktive Alternative.

Nationalistische Stoßrichtung

Die enge Anbindung an den Staat, die den Professionen auf dem Balkan ein gutes Stück den Charakter von Staatsbürokratie verliehen, ist von den Betroffenen durchaus als Bevormundung und als Mangel an berufsstädtischer Autonomie beklagt worden. Zugleich jedoch richtete man sich recht gut in diesem staatlichen Paternalismus ein. Vor allem, wenn die sozialen Interessen der eigenen Berufsgruppe in Gefahr gerieten, rief man nach dem Staat. Darin allerdings folgten die südosteuropäischen Berufsgruppen dem Vorbild ihrer mitteleuropäischen Kollegen. Bei drohenden Überfüllungskrisen verlangte man vom Staat durch Zulassungsbeschränkungen die Sicherung der eigenen Position. Schließungsforderungen an den Staat richteten sich dabei zunächst besonders gegen ausländische Konkurrenten. Vor allem in den multiethnischen Gesellschaften Südosteuropas erhielten solche Schließungsforderungen darüber hinaus leicht eine nationalistische Stoßrichtung gegen Minderheiten im eigenen Lande. Rumänien kann hierfür sicherlich als das gravierendste Beispiel stehen. Vor allem die Juristen, aber auch andere akademische Berufsgruppen, setzten sich hier nicht nur erfolgreich gegen den Zugang jüdischer Repräsentanten zum Staatsdienst ein; auch gegenüber anderen nicht-rumänischen Nationalitäten zeigte beispielsweise der rumänische Advokatenverband in der Zwi-

schenkriegszeit eine deutliche Exklusionsneigung. Das Ergebnis war hier nicht nur eine Segmentierung des Berufsstandes, die die Entwicklung einer gemeinsamen korporativen Identität erschwerte, sondern auch eine Segregierung der Märkte. Gegenüber diesem Bauen auf staatliche Regulierung blieben die Selbstorganisationsfähigkeit und Autonomie der Professionen fast durchweg unentwickelt.

Wir sehen im übrigen auch hier die Macht der Tradition: traditionale Kanäle des Klientelismus waren in der Regel erfolgversprechender als Formen institutionalisierter Interessenartikulation. Nur in Ansätzen konnten die Professionen so auch zum Entstehen einer verbandspluralistischen Struktur in den südosteuropäischen Gesellschaften beitragen, in der die Macht des Staates wirkungsvoll durch konkurrierende und kontrollierende Institutionen ergänzt und begrenzt worden wäre.

2. Bürgerliche Identität oder Intelligencija?

Entstehungsbedingungen, Marktlage und gesellschaftliche Rolle waren somit für die Professionen Südosteuropas aufs engste mit dem Staat verknüpft. Welche Auswirkungen ergaben sich aus dieser Situation für deren Selbstverständnis? War es, wie im Falle der mitteleuropäischen Professionen eine bürgerliche Identität, an der sich ihre Vertreter orientierten? Lassen sich in den genannten Berufen vielleicht gerade jene bürgerlichen Kreise identifizieren, an denen es nach weit verbreiteter Meinung der Geschichte der Balkan-Gesellschaften doch so sehr erlangte? Eine Antwort auf diese Frage fällt beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht leicht. Auch hier stochern wir, wie überall, wenn es um die sozialen Eliten Südosteuropas geht, noch weithin im Nebel. Mir scheint allerdings, daß die hybride soziale Positionierung der Professionen zwischen bürgerlichem Beruf und Bürokratie auch auf ihr soziales Gruppenbewußtsein nicht ohne Einfluß geblieben ist. Eine diffuse mentale und identitäre Selbstdeutung, die sich durch die Pu-

blikationen und Selbsterzeugnisse ihrer Angehörigen zieht, deutet an, daß hier eine sozialstrukturell erst im Entstehen begriffene Gruppe auch bewußtseinsmäßig ihren gesellschaftlichen Platz noch suchte.

3. Fazit

Was kann ein solcher kurSORISCHER Blick auf die Rolle der professionellen Eliten für eine Sozialgeschichte der Balkan-Gesellschaften beitragen? Ich denke, auch er zeigt einmal mehr die Brechungen, denen die Balkan-Gesellschaften in ihrer jüngeren Entwicklungsgeschichte ausgesetzt waren. Der soziale Wandel dieser Gesellschaften bringt zweifelsohne Berufsgruppen hervor, die sich in vielem in das Konzept der Professionen einordnen lassen; indes, in diesen Professionen erwuchs den Balkan-Gesellschaften gleichwohl keine wirklich bürgerliche Trägerschaft; im ganzen blieben sie der Bürokratie näher. Ist dieser hybride Charakter zwischen Bürgertum und Bürokratie somit ein weiterer Beleg für das viel beschriebene Scheitern der Modernisierung in dieser Region? Folgt man herkömmlichen struktur-funktionalen Modernisierungskonzepten, so wäre dies wohl nicht anders zu deuten. Der Weg der

osteuropäischen Professionen ist denn in der Literatur bisweilen auch als „immature professionalization“ bezeichnet worden. Sehr viel Normativität klingt hierin an, die mir unangemessen zu sein scheint. Sinnvoller dürfte es statt dessen sein, so wie es die vergleichende Professionalisierungsforschung auch für das westliche Europa getan hat, die Vielschichtigkeit der Entwicklungswege der bürgerlichen Berufsgruppen überall in Europa im Auge zu haben anstatt von generalisierbaren Verlaufsmodellen des Entstehens und der Entwicklung dieser Berufsgruppen auszugehen. Auch Professionalisierung ist, um einen Begriff von Wolfgang Zapf zu übernehmen, ein pfadabhängiger Prozeß; und es sind letztlich die sozialen Traditionen und Rahmenbedingungen, die die jeweiligen Professionalisierungspfade prägen. Und noch in einem weiteren Punkt scheint Relativierung angebracht: Vor allem die ältere amerikanische soziologische Professionalisierungstheorie hat im Entstehen von akademischen Berufsgruppen gleichsam eine Kondition und einen Garanten für demokratische Stabilität gesehen. In den Diskussionen um die heutigen Transformationsgesellschaften wird

bisweilen in eine ähnliche Richtung argumentiert. Schon die problemlose, bisweilen gar enthusiastische Art und Weise, mit der die deutschen Professionen sich nach 1933 verstaatlichen ließen und ihre mühsame Autonomie aufgaben, mahnt hier zur Vorsicht.

Träger autoritärer Strömungen

Und auch in Südosteuropa ist die politische Rolle der beruflichen Gruppen höchst unterschiedlich gewesen. Unter dem Druck sozialer Marginalisierung wurden sie in Rumänien zweifelsohne zu Trägern nationalistischer, autoritärer Strömungen; in Bulgarien, unter durchaus vergleichbarem Kriegsdruck, erwiesen sich beispielsweise die Advokaten als Verfechter parlamentarischer Normen gegen die schleichende Autoritarisierung des Landes und verweigerten trotz aller Überfüllung ihrer Zunft allen staatlichen Versuchen zur Ausgrenzung jüdischer Kollegen die Zustimmung. Autoritarismus wie Liberalität - beides verbindet und verband sich also mit der Rolle dieser Berufsgruppen, und auch in dieser Hinsicht scheint die Sozialgeschichte der Balkanstaaten durchaus facettenreich verlaufen zu sein. ■

Kreativ eine originelle Einrichtung mit Leben erfüllt

Hermann Kumpfmüller als Vorsitzender des Beirats verabschiedet

von Prof. Dr. Manfred Hättich, Akademiedirektor a.D.

Der Beirat der Akademie für Politische Bildung, dem Hermann Kumpfmüller, der Direktor des Bayerischen Volkshochschulverbandes, von 1981 bis 1997 vorstand, hat nach dem Akademiegesetz keine Entscheidungs- oder Aufsichtskompetenzen. Solche Beschränkung auf die Beratung des Akademiedirektors könnte auf die von den Verbänden Bayerns entsandten Mitglieder des Gremiums demotivierend wirken.

Natürlich stand auf der Tagesordnung der zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen immer ein Bericht des Akademiedirektors und eine diesem folgende Diskussion. Und selbstverständlich machten in solchen Beratungen Beiräte Vor-

schläge für die Akademiearbeit. Unter der unaufdringlichen, allgemein akzeptierten Lenkung von Herrn Kumpfmüller entwickelten sich diese Diskussionen fast immer zu gemeinsamen Reflexionen über allgemeine und aktuelle Probleme der politischen Bildung oder über Lagen, von denen diese aktuell herausgefordert ist. Es ist nicht zuletzt Hermann Kumpfmüller zu verdanken, daß der Beirat der Akademie für Politische Bildung zu einem Ort des Gesprächs zwischen Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen Bayerns wurde.

Für den Akademiedirektor waren diese Diskussionen gerade wegen ihres unverkrampften Ablaufs gewinnbringend und impulsgebend. Er hatte nie das Gefühl, einem Rechen-

schaftfordernden Aufsichtsgremium gegenüber zu sitzen. Alle verband die gemeinsame Sorge um die politische Bildung.

Um dieser Gemeinsamkeit ein deutliches Zeichen zu geben, brachte Hermann Kumpfmüller ein neues Verfahren ein. In jeder Sitzung sollten die Vertreter einer Organisation berichten, welche Rolle politische Bildung dort spielt, und mit welchen Problemen man es dabei zu tun hat. Man kann sagen, unter dem Vorsitz von Hermann Kumpfmüller sei der vom Akademiegesetz installierte Beirat nicht nur mit Leben erfüllt, sondern über den engeren Auftrag hinaus zu einer originellen Einrichtung im Freistaat Bayern entwickelt worden. ■

Informationen aus der Trickkiste

Recherchetraining für junge Journalisten

Ein „Seminar der etwas anderen Art“ hatte Akademiedozent Michael Schröder versprochen, und er hielt sein Wort: Eine Woche lang trainierten Volontäre und junge Journalisten den oft kniffligen Umgang mit dem Handwerkszeug Nummer eins, der Recherche. Praxisnahe Rollenspiele erzeugten dabei eine produktive und realitätsnahe Atmosphäre. An zwei Tagen dieser Woche verwandelte sich die Akademie für politische Bildung im Rahmen der Recherche-Rollenspiele in einen Ameisenhaufen. Gestreute Redakteure diverser Zeitungen hetzten durch die Gänge, von einem Informanten zum anderen, um in der knapp bemessenen Zeit alle relevanten Informationen für ihren Artikel zusammenzubekommen. In der anschließenden Redaktionskonferenz zeigte sich, wer clever genug mit seinen Recherche-partnern umgegangen war. Das Aufstellen von Rechercheplänen war schon zuvor praktisch geübt worden.

Journalisten gehören zu der Zielgruppe der Multiplikatoren, deren politische Weiterbildung eine der zentralen Aufgaben der Akademie ist. Als öffentlicher Meinungsträger und -bilder ist die freie Presse unverzichtbarer Bestandteil des politischen Prozesses in der Demokratie. Ihre Rolle als Kritiker und Kontrolleure dieses Prozesses können Journalisten nur dann wirksam spielen, wenn mit Hilfe der Recherche Aussagen und Fakten ans

Licht kommen, die sonst nicht publik würden. Die richtigen Techniken dafür zu vermitteln und einzuführen war Ziel der Tagung, die von der Akademie in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau ausgerichtet wurde. Dies geschah unter der fachkundigen Anleitung erfahrener Vertreter der schreibenden Zunft. Wolfgang Krach, Reporter der Münchener „Stern“



Zeichnung: Mester

Redaktion und früher landespolitischer Korrespondent des „Donaukurier“, gab handfeste Tips aus seinem reichen Erfahrungsschatz als Rechercheur weiter. Wie geht man mit Informationen um, die in der Kürze der Zeit nicht nachprüfbar sind? Wann ist die verdeckte Recherche (der Journalist gibt sich nicht als solcher zu erkennen) gerechtfertigt? Wann und wie konfrontiert man Betroffene mit etwaigen Vorwürfen oder anderen Rechercheergebnissen? Wie schützt man Informanten? Was kennzeichnet die „investigative Recherche“? Wolfgang Krach dazu: „Respektlosigkeit, Hartnäckigkeit und Neugier“.

Einen Schwerpunkt legte der Stern-Reporter auf das Thema „Aufstellen eines Rechercheplans“. Zwei Arbeitsgruppen versorgte Krach mit exakten (oft dürftigen) Informationen, die er selbst zu Beginn zurückliegender Recherchen hatte. Einen der Redaktion anonym zugespielten Vertrag beispielsweise, der Hinweise auf unerlaubte Praktiken des Rechtsanwalts und Politikers Peter Gauweiler bei der Verpachtung seiner früheren Mandanten an eine Anwaltssozietät enthielt. Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, einen Rechercheplan aufzustellen, sich eine Schritt-für-Schritt-Vorgehensweise zu überlegen, die Licht hinter diese Geschichte bringen könnte. Krach erläuterte anschließend seinen damaligen Rechercheweg. Der einst im Sommer 1993 im „Stern“ real erschienene Artikel auf Basis dieser Recherche kostete Gauweiler sein Amt als Umweltminister und beschied ihm einen empfindlichen Karriereknick.

Noch mehr zur Sache ging es in den beiden Recherche-Rollenspielen, ausgedacht, konzipiert und geleitet von der Referentin Ele Schöfthaler. Die agile Journalistin schreibt auf freier Basis für den Evangelischen Presse-dienst und verschiedene Tageszeitungen. Außerdem doziert sie an mehreren journalistischen Weiterbildungseinrichtungen, etwa der Akademie der Bayerischen Presse. Ihrem Engagement, aber auch der Bereitschaft der Teilnehmer, voll mitzumachen, war die dichte und sehr realitätsnahe Atmosphäre der Rollenspiele zu verdanken. Sie begeisterten alle Rollenspieler - ob Reporter oder Recherchepartner -

gleichermaßen, waren aber auch anstrengend: Teilweise mußte tief in das journalistische Trickkästchen gegriffen werden, um an relevante Informationen zu gelangen. Für ein paar Stunden befand sich jeder Teilnehmer in einer anderen Welt, in der er - wie im richtigen Leben - auch vor Ausrutschern nicht gefeit war, die in der anschließenden Auswertung oft für Erheiterung sorgten: Ein Journalist beispielsweise eröffnete den ersten Kontakt mit einem Informanten mit den Worten: „Fall Böller. Na, Klingelts?“. In der anschließenden Redaktionskonferenz mußten die Rechercheure der strengen Chefredakteurin Schöfthaler ihre Ergebnisse präsentieren („Haben wir morgen einen Artikel drin oder nicht? Kommen Sie auf den Punkt, wo ist der Kern der Geschichte?“). Anschließend bewerteten die Rollenspielpartner das Verhalten derer, die sie besucht und befragt hatten. Das gehörte zu den spannendsten und lehrreichsten Momenten des ganzen Seminars: Warum gab der Informant nicht weiter, was er wußte? Trat der Journalist zu direkt auf, heuchelte er Mitgefühl? Blieb er höflich und gleichzeitig hartnäckig oder kam das vertrauliche „Du“ doch nicht so gut an?

Praxisnähe

Was diese Tagung geprägt hat, war die Nähe zur täglichen journalistischen Praxis. Denn sowohl Arbeitsgruppen als auch Rollenspiele beschäftigen sich mit tatsächlich stattgefundenen Recherchen. Nach der Offenlegung, wie es einst den Referenten selbst erging und welche Artikel sie schrieben, war die Überprüfung der eigenen Leistung möglich. Das ist offenbar das Geheimnis des Erfolgs dieser Rollenspiele, die Schöfthaler eigenen Angaben nach schon über 20 Mal durchgeführt hat. „Ich würde niemals Rollenspiele mit fiktivem Hintergrund nehmen“, sagte sie nach Abschluß des Seminars. Manch einer der jungen Journalisten wird in Zukunft gezielter und sicherer recherchieren, als es ihm noch vor dem Seminar möglich gewesen wäre. Die eine oder andere künftige heiße Story wird auch diesem Seminar zu verdanken sein. ■ Georg Kaaserer

Zukunftsaugaben der Politikwissenschaft



LAGE UND ZUKUNFT der Politikwissenschaft an bayerischen Hochschulen sowie ihr Beitrag zur Lösung wichtiger Zukunftsfragen waren das Thema einer Fachtagung im November in Tutzing. Mitveranstalter war die Landesgruppe der „Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft (DVPW)“. Von links nach rechts: Dr. Walter Eykmann, CSU-Landtagsabgeordneter und Mitglied des Akademie-Kuratoriums, Rudolf Klingner, Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium, Prof. Dr. Gotthard Jasper, Rektor der Universität Erlangen und der Erlanger Politikwissenschaftler Prof. Dr. Jürgen Gebhardt, ebenfalls Kurator der Akademie. Er und Akademiedozent Dr. Peter Hampe wurden als Sprecher der bayerischen Landesgruppe der DVPW wiedergewählt

Foto: Kühbauch

Studenttag in Landshut: Kommunalpolitik an der Jahrtausendwende

Neues Steuerungsmodell und Finanzengpässe



PROBLEME DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG angesichts immer enger werdender Finanzspielräume diskutierten auf dem Studenttag im November in Landshut prominente bayerische Kommunalpolitiker. Begrüßenswerte Kompetenzerweiterungen kollidieren mit einer nicht angepaßten Finanzausstattung. Auf der anderen Seite stellte sich die Frage, ob die vorhandenen Gestaltungsspielräume den Kommunen im Zuge der Europäischen Integration überhaupt noch erhalten bleiben. Und schließlich sprach Passaus Oberbürgermeister Willi Schmöller über das Neue Steuerungsmodell zur Optimierung des Ressourceneinsatzes in der Verwaltung. Von links: Herbert Gruber (Bayer. Gemeindetag) Willi Schmöller, Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, der Landshuter OB Josef Delmer (MdS) und der Starnberger Bürgermeister und Senatspräsident Heribert Thallmair.

Foto: Christine Vincon

Hat die Rhetorik heute noch eine Bedeutung, angesichts der Tatsache, daß im modernen Parlamentarismus die politische Entscheidung in den meisten Fällen bereits vorher gefallen ist? Was macht einen Politiker bemerkenswert und hebt ihn aus der Masse hervor?

Solche Fragen sollte die Tagung „Politik und Rhetorik“ beantworten, zu der Akademiedozent Horst Denzer in die Akademie eingeladen hatte. Mitveranstalter Henning Ottmann, Professor für Politische Theorie an der Universität München, bezeichnete „Politiwissenschaft als rhetorische Disziplin“ aber auch „Rheto-

rik in der praktischen Politik“ als die beiden Leitmotive der Diskussion zwischen den dreißig Vertretern der europäischen Politikwissenschaft, Kulturtheorie und Philosophie, darunter der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier und Bundesminister a.D. Erhard Eppler.

Die Rhetorik, so Peter Weber-Schäfer in seinem Vortrag „Topik und Politikwissenschaft“ ist mehr als nur Kommunikation oder Unterhaltung. Sie „will bewegen“ und seit ihrer antiken Tradition zu politischer Tat hinführen.

Verantwortung durch Sprache verschleiern

Unter dem Stichwort „Die Sprache der Verwaltung - die verwaltete Sprache“ fragte sich Erhard Eppler: „Warum gibt es in der deutschen Politik so selten jemanden, der mit Sprache zu fesseln weiß?“ Für Eppler ist die Rhetorik zum „Verwaltungsjargon“ verkommen. Politische Verantwortung wird durch die Sprache und anonyme Gremien verschleiert. Ein Beispiel ist das in Politikerkreisen beliebte Wort „Entwicklung“. Wenn die Preise sich entwickelten, so Eppler, dann sei das

eben so und niemand trüge dafür die Verantwortung. Wenn die Arbeitslosenzahlen sich „negativ entwickeln“, so ist dies ein schicksalhafter Vorgang, an dem niemand die Schuld trägt. Mit dem Wort „Entwicklung“ weist man sie bequem und seriös von sich. Ähnlich verhält es sich mit der „Lage“. Schwie-

und Engelszungen“, ist ein Bonmot von Wolf Biermann, mit dem Maier die Sprachkultur der 68er Generation beschreibt. Radikale Begriffe und Klassenkampf erwachten wieder in der Sprache. Aus Industrie- und Entwicklungsländern werden wieder „reiche“ und „arme“ Länder, aus Unternehmern „Kapitalisten“ und aus politischen Mandatsträgern „Herrschende“. Was hat sich seit der Wiedervereinigung in der politischen Sprache verändert? Sicherlich zunächst, daß die offizielle DDR-Sprache untergegangen ist. Der „antifaschistische Schutzwall“ existiert nicht mehr und auch die „Reisekader“

sind nicht mehr die privilegierten Besucher westlicher Länder. Andere Begriffe haben eine Renaissance erfahren. Wörter wie „Einheit“, „Volk“ und „Vaterland“ haben wieder Einzug in die politischen Reden gehalten.

Untergang und Renaissance

Wenn nun die Sprache sich geändert hat, hat dies auch die Rhetorik? Zu einem Teil werden bestimmte rhetorische Grundmuster sicherlich tradiert, ob die Empfänger nun „Mitarbeiter“, „Brüder im Herrn“, „Untertanen“ oder „Volksgenossen“ sind. Auf der anderen Seite schwindet die Bedeutung der Rhetorik in der „Fernsehdemokratie“. Die Personen und Mandatsträger, so scheint es, müssen nur noch „präsent“ sein, sie stellen die Macht der Bilder über die der Rede. „Der scharfe Wind der Verantwortung“, die Rücksichtnahme auf den Wähler scheint die Politiker undeutlich bis sprachlos werden zu lassen. ■

Christian Kühbauch



*Nachdenken über die heutige Rolle von Sprache in der Politik:
Tagungsleiter Horst Denzer, Hans Maier, Graf Ballestrem und
Henning Ottmann (v. Links)*

Foto: Schauer

rig zu sagen woher sie kommt, unmöglich ihre Ursache zu bestimmen. Man muß sich unabänderlich mit ihr abfinden.

Im Fortschrittsphänotyp der frühen Nachkriegszeit, die in der Politik lediglich fördernde Verwaltung von Wirtschaftswachstum war, hat sich diese Form der politischen Sprache entwickelt. In späterer Zeit ändern sich die Sprachmuster, da nun nicht mehr Wachstum, sondern „Risiko“ verwaltet wird. So gibt es einen regelmäßigen „Waldzustandsbericht“, der früher Waldschadensbericht hieß und der das Siechtum der Wälder dokumentiert, wenn er es schon nicht verhindern kann.

Nach Hans Maier, dem früheren bayerischen Kultusminister, verändert sich die politische Sprache in Alltag und Literatur seit 1945. Zu Beginn der Nachkriegszeit nivellieren sich die Sprachstile. Schichtgrenzen, die früher zu erkennen waren, werden verwischt, soziale Unterschiede verschleiert. So wurde im Laufe der Zeit der Lehrling zum „Auszubildenden“, der Frisör zum „Haarstylisten“ und der „Nachhilfeunterricht“ zum „Förderunterricht“. „Alle Welt sprach plötzlich in Marx-

Immer kollegial auf allen Ebenen

Otto B. Roegele gibt seinen Sitz im Kuratorium ab

von Akademiedirektor Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Wer Mitte der sechziger Jahre in München im politik- und kommunikationswissenschaftlichen Bereich zu studieren begann, war damals schon froh, in der rhetorischen Wüste auf einige Oasen zu treffen. Otto B. Roegele gehörte dazu: seine Vorlesungen, aber auch die improvisierten Diskussionsbeiträge in den Seminaren zeichneten sich nicht nur durch Nüchternheit, sondern auch durch Präzision und Eleganz aus. An der Präzision erkannte man den Naturwissenschaftler, an der Eleganz den Journalisten. Die Nähe zu diesem Berufsfeld hat er sich bewahrt, bis auf den heutigen Tag.

Seine Studenten profitierten davon. Die Kommunikationspolitik, die im Zentrum der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit Roegeles stand, begann damals ein bewegtes Feld zu werden. Zugleich erschloß das Münchner Institut den Studierenden die journalistische Praxis und den konkreten Zugang zu berufsfeldorientierten Ausbildungen. Das war die handfestere Seite einer Disziplin, die sich damals noch Zeitungswissenschaft nannte, darunter aber längst die soziale Kommunikation zur Zeit verstand, losgelöst von ihrer Materialisation im Blatt.

An Glasperlenspielen nicht vorrangig beteiligt

An den Glasperlenspielen - im Universitätsgefüge zur Legitimierung eines neuen Fachs unvermeidlich - über Gegenstand und Methode hat sich Roegele nicht vorrangig beteiligt. Die Relevanz des Fachs sprach damals schon für sich selbst. Wichtiger war ihm - Zeithistoriker, der er auch ist - schon die historische Dimension sowohl der Zeitungswissenschaftlichen Lehre als auch der Entwicklung der Druckerzeugnisse seit den frühlneuzeitlichen Einblattdrucken. Prüfungsgespräche waren spannend und im Grunde ein zusätzlicher Lernprozeß. Die Mimik verriet nichts. Wie man abgeschnitten hatte, erfuhr man bei der offiziellen Notenverkündung.

Soweit einige Erinnerungssplitter des ehemaligen Studenten, die ergänzt werden könnten durch gemeinsame Phasen im Fachbereichsrat der reformierten Gruppenuniversität der siebziger Jahre. Der Professor war Dekan, der Student Assistent



*Immer von der Idee der Akademie fasziniert:
Prof. Dr. Dr.
Otto B. Roegele
scheidet nach 30
Jahren aus dem
Kuratorium aus.
Foto: privat*

geworden. Nicht viel später begegnete man sich auf kollegialer Ebene - und es brauchte sich nichts zu ändern. Denn Roegele war immer kollegial und die Attitüden eines Großordinarius sind ihm nicht geläufig.

Das mußte gesagt werden, bevor die nächste Kooperationsebene Erwähnung findet: der Professor als Kurator und der Student als Direktor der Akademie für Politische Bildung - eine knapp bemessene Phase, die letzten vier Jahre einer dreißigjährigen Mitgliedschaft Roegeles im Kuratorium, begleitet zugleich vom Vorsitz des Richtlinienausschusses seit Dezember 1970.

Otto B. Roegele ist von der Idee dieser Akademie wohl immer fasziniert gewesen, und er blieb es bis zu seinem Ausscheiden. Wo immer es sich anbot, hat er auch in seinen Beiträgen für dieses Haus geworben. Seinen Rat versagte er ohnehin nie, und er hat auch sehr deutlich gesehen, daß politische Bildung heute auf neue Herausforderungen antworten muß, ihre Fundamente jedoch keiner substantiellen Änderung bedürfen. So mag an der sprachlichen Einklei-

dung der Richtlinien der Akademie manches modernisierungsfähig erscheinen, aber eben nicht an der Aussage. Und bevor die Substanz darunter zu leiden beginnt, läßt man lieber die Finger von angestrengten Umformulierungsversuchen. Das Haus verdankt Roegele auch diesen Rat und natürlich sehr viel über ihn hinaus.

Am 15. September 1997 als Nachfolger Waldemar Bessons ins Kuratorium eingetreten, ist Otto B. Roegele nun am 30.9. 1997 seinem Wunsch entsprechend ausgeschieden. Wir schulden ihm großen Dank. ■

Spionage für den Frieden?

Publikationen von Akademietagungen fanden in mehreren Fachzeitschriften Beachtung und wurden rezensiert.

Erst Mitte der 1970er Jahre wurde, ausgelöst durch Veröffentlichungen englischer Experten, die enorme Bedeutung der Funkaufklärung für den Verlauf des Zweiten Weltkriegs bekannt. Hatte die Wissenschaft bis dahin das Thema Spionage weitgehend den Journalisten und Romanautoren überlassen, so beschäftigen sich von nun an auch Historiker eingehender mit den Geheimdiensten der Großmächte, die in der Epoche des Kalten Krieges zu weltweit operierenden, bürokratischen Apparaten herangewachsen waren. In den angelsächsischen Ländern gibt es bereits eine entsprechende Forschungstradition, an die man in Deutschland erst allmählich Anschluß findet. Dabei war gerade das geteilte Deutschland nach 1945 ein bevorzugtes „Schlachtfeld“ für den „unsichtbaren Krieg“, den sich die östlichen und westlichen Geheimdienste lieferten. Die historische Aufarbeitung ihrer Aktivitäten wird immer noch durch eine exzessive Geheimhaltung erschwert, der sich die meisten Regierungen auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts befleißigen. Zu den ermutigenden Zeichen gehören dagegen die Politik der „openness“, mit der die CIA seit Anfang der 1990er Jahre durch verstärkte Aktenfreigabe ihr Image zu verbessern versucht sowie der von den DDR-Bürgerrechtler erstrittene Zugang zu den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Der vorliegende Sammelband faßt die Ergebnisse der ersten Tagung des „Arbeitskreises Geschichte der Nachrichtendienste“ zusammen, den deut-

Thematische Breite

sche Wissenschaftler 1994 zur Intensivierung der Forschung und zur Förderung des internationalen Meinungsaustauschs gegründet haben. Die Beiträge von 16 zum Teil prominenten Historikern, Politologen, Publizisten und

terschiedlich beantwortet. So gibt es zwar Anzeichen, daß die Funk- und die Luftaufklärung auf beiden Seiten Bedrohungssängste reduzierten und schließlich sogar den Weg zur Rüstungskontrolle ebneten. Andererseits bescheinigt Christopher Andrew dem KGB eine fatale Neigung zu Verschwörungstheorien und die „ständige Suche nach einem Feind“, und Wladislaw Zubok schreibt den allseits betriebenen „Spielen von Täuschung, Desinformation und Ablenkung“ eine nachteilige Wirkung auf die globale Stabilität zu. Außerdem waren „Frieden“ und „Sicherheit“ offenbar sehr relative Begriffe: aus der Sicht des MfS der DDR bedeuteten sie - wie Mitarbeiter der Gauck-Behörde nachweisen - an erster Stelle totale Kontrolle und Friedhofssuhe im eigenen Land.



Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hrsg.), *Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges*, Günter Olzog Verlag, München/Landsberg am Lech 1997, 272 Seiten, DM 32,-.

Faszinierende Details

Der Leser findet in dem Band also nicht nur eine Fülle faszinierender Details (wer weiß schon, daß der erste U2-Spionageflug am 4. Juli 1956 in Wiesbaden startete?), sondern er wird auch zum Nachdenken über grundsätzliche Fragen des Kalten Krieges wie die Bedeutung von Ideologien, Feindbildern und kulturellen (Fehl-)Perzeptionen angeregt. Noch sehen wir aber wohl nur die „Spitze des Eisberges“. Die Tatsache, daß einer der Autoren, Hansjörg Geiger, inzwischen Präsident des BND ist, läßt darauf hoffen, daß die verantwortlichen deutschen Stellen in Zukunft mehr Verständnis für die Belange der Nachrichtendienstforschung aufbringen werden. ■

Jürgen Heideking
in: „Damals“ 7/97

Wolfgang Krieger/Jürgen Weber
Spione für den Frieden?

Die Umleitungen im Güterverkehr

Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher Blau- bzw. Einäugigkeit manche, die vorgeben „Experten“ zu sein, sich zum Wirken von Geheimdiensten in Ost und West äußern. Seit einigen Wochen ist ein Buch mit dem bewußt provokant gewählten Titel „Spione für den Frieden?“ auf dem Markt. Dreizehn Autoren aus verschiedenen Ländern vermitteln ihre - begründeten wie vermeintlichen - Kenntnisse über die Tätigkeit von Nachrichtendiensten im geteilten Deutschland zu Zeiten des Kalten Krieges. Jeweils drei Beiträge befassen sich mit den amerikanischen bzw. den sowjetischen Geheimdiensten, drei mit DDR-Nachrichtendiensten, zwei behandeln die Frühgeschichte des BND, einer widmet sich dem Wirken französischer Nachrichtendienste in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland. Initiiert wurde das Buch von einem 1994 gegründeten „Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V.“.

Die politische Vorgabe für den Band liefert der Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Prof. Dr. Heinrich Oberreuter. In seinem Vortwort heißt es u.a.: „Schließlich ist die Konfrontation der Geheimdienste auf deutschem Boden, das lebhafte Interesse von Geheimdiensten der Großmächte an Deutschland ohne die Existenz der sowjetischen Diktatur und ihrer - zumindest in ideologischer Hinsicht - expansiven Natur nicht verständlich.“ Für Oberreuter ist die Geheimdienstgeschichte „ein wesentlicher Bestandteil der Erforschung des Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert“. Darauf aufbauend, lässt sich nun auch die Frage leichter beantworten, die einigen Autoren doch zumindest Bauchschmerzen bereitet hat, nämlich die nach der Bewertung des Treibens westlicher Schlapphüte und danach, ob „Nachrichtendienste überhaupt mit den Grundsätzen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates zu vereinbaren sind“. Obgleich aus der Sicht der Herausgeber nur die östlichen Spione Verbrecher waren, blieb den Autoren letztlich doch nicht verborgen, daß auch im Westen „zumindest ein Teil der nachrichtendienstlichen Tätigkeit die Grenze zu dem überschreitet, was man in einer freiheitlichen Demokratie für ungesetzlich, ja im Einzelfall für ethisch verwerflich hält“. Das sei zu bedauern, aber habe seinen guten Grund, wie uns

die sogleich folgende Entschuldigung offenbart: „Weil insbesondere Diktaturen ihre militärischen Fähigkeiten und Absichten oftmals gekonnt verschleiern, sehen sich freiheitliche Demokratien gezwungen, Informationen auf Wegen zu beschaffen, die innerstaatlich nicht rechtmäßig sind.“ (sic!)

Terrorakte und Mordanschläge

In eben diesem Sinne werden selbst von Karl Wilhelm Fricke, den man noch zu den wenigen seriösen Forschern zur Geschichte von Geheimdiensten rechnen möchte, Terrorakte und Mordanschläge der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ verharmlost und z.B. versuchte Sprengungen von Gleisanlagen in der DDR als „Umleitungen im Güterzugverkehr“ umschrieben. Bemerkenswert ist ebenso, wie die Herausgeber die Legitimität westeuropäischer Geheimdienste auch künftig begründen. Insbesondere für militärische Zwecke seien diese notwendig, denn die Europäer hätten die Pflicht, sich in Hinblick auf ihre Militäreinsätze in der Welt von amerikanischen Aufklärungskapazitäten unabhängig zu machen. Die Intention, aus dem Schatten des großen Bruders aus Übersee zu treten, bietet offenbar auch das Motiv, das einige Autoren partiellen Zugang zu Akten des BND fordern läßt: „Ohne eine openness des BND wird die inter-

national schnell voranschreitende Neubewertung der Geschichte des Kalten Krieges primär aus der amerikanischen Perspektive erfolgen, in der die Rolle Deutschlands beinah zwangsläufig in halbkolonialer Sicht erscheint.“

Enttäuschende Ausführungen

Öffnung und Transparenz der Geheimdienste ist indes ein Problem für sich. In ihrem Einführungsbeitrag versuchen sich daran die Herausgeber Wolfgang Krieger und Jürgen Weber. Im Vordergrund steht bei ihnen freilich nur die Offenlegung aller Unterlagen des dahingeschiedenen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Hierzu liefert auch der frühere Direktor der Gauck-Behörde (und spätere Präsident von BfV und BND), Hansjörg Geiger, einige Gedanken. Sie beschränken sich leider auf eine Tätigkeitsbeschreibung dieser größten Bundesbehörde, die den bekannten Statements von Gauck entspricht. Gerade von Geiger mit seinen „Querschnittskenntnissen“ hätte man einiges mehr über die mögliche oder unmögliche Transparenz der noch aktiven deutschen Geheimdienste erwartet.

Enttäuschend auch die Ausführungen von Christopher Andrew von der Universität Cambridge über die Einflüsse von KGB bzw. CIA auf Entscheidungen der politischen Führungen in Moskau und Washington; er berücksichtigt noch nicht einmal bereits gesicherte Erkenntnisse zum Wechselspiel zwischen Geheimdienstanalysen und Rüstungsentscheidungen. Aufschlußreicher ist da der Beitrag von Vladislav Zubok, wissenschaftlicher Referent am Nationalen Sicherheitsarchiv, Washington D.C.

Er berichtet über Aktivitäten der sowjetischen Geheimdienste in Deutschland während der „Berlinkrise“ 1958 bis 1961 und verweist im Ansatz darauf, daß sowjetische Täuschungsoperationen den USA eine bestimmte militärische Stärke der UdSSR suggerieren sollten. Dies führte zu einem Anheizen des Wettrüstens. Es ist bekannt, daß die Rückwirkungen auf die sowjetischen Rüstungsanstrengungen nicht unweentlich dazu beitrugen, die Volkswirtschaften und Wissenschaftskapazitäten der Länder des damaligen sozialistischen Lagers total zu überfordern und letztlich mit zum Kollaps beitragen. Gerade diese komplexen Zusammenhänge zwischen politischen, wirtschaftlichen, militärischen Interessen der Führungselen der Staaten und der Informationstätigkeit ihrer Nachrichtendienste wären ein lohnendes Feld für weitere, ernsthafte Untersuchungen.

Zwielichtige Gestalt

Verwiesen sei noch auf zwei abschließende Artikel, in denen die Rolle von hochrangigen Wehrmachtsoffizieren (General Adolf Heusinger) bzw. Nazis (Friedrich

Wilhelm Heinze) bei der Bildung und Ausprägung des westdeutschen Sicherheitsapparates belegt wird. Erschreckend allerdings, mit welcher (gewollten oder ungewollten?) Lässigkeit Susanne Meinl die Karriere des angeblich zufällig in den „Mahlstrom des Kalten Krieges“ (so der Titel ihres Beitrages) geratenen Heinze bewertet. Dieser gehörte, wie auch die Autorin feststellen mußte, „...nahezu allen antideutschen Verbänden der Weimarer Republik an...“ und war - seit dem Kapp-Putsch 1920 - in einer Vielzahl subversiver Aktionen gegen die Weimarer Demokratie verwickelt. In der Zeit des Faschismus diente Heinze u.a. als Regimentskommandeur der „Division Brandenburg“. Die Verbrechen dieser faschistischen Terrorseinheit werden von der Autorin mit keinem Wort erwähnt, sie nennt diese gar verniedlichend „Abwehr-Truppe“. Der Leser erfährt sodann, daß der nach 1945 als dubioser Nachrichtenhändler agierende Heinze einen Nachrichtendienst im Amt Blank (dem Vorgänger des Militärischen Abschirmsdienstes, MAD) aufbaute sowie einen eigenen Nachrichtendienst des Bundeskanzleramtes organisieren sollte. Erst 1953 wurde die Kritik an dem belasteten Heinze so stark, daß sich die Bundesregierung von ihm offiziell trennen mußte. Daß auch der KGB für diese zwielichtige Gestalt Interesse gezeigt und Heinze 1954 für kurze Zeit in Berlin-Karlshorst geweilt haben soll, macht diesen Fall nur noch schlimmer. ■

*Klaus Eichner
in: Neues Deutschland*

Wolfgang Krieger/Jürgen Weber
Spionage für den Frieden?

Vielversprechende Forschungsansätze

Nur zögernd beginnt sich die historische Forschung in Deutschland von dem Vorurteil zu lösen, daß die Nachrichtendienste grundsätzlich von Übel seien. Die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes untersuchen in ihrem einleitenden Essay „Nutzen und Probleme der zeitgeschichtlichen Forschung über Nachrichtendienste“ und decken einige der Gründe auf, warum die Dienste so schwierig zu erforschen und darzustellen sind.

Ein Problem liegt in der Geheimhaltung, der die Nachrichtendienste von der Natur der Sache her unterliegen und mit der sich deren Mitarbeiter so gerne umgeben. Die Herausgeber charakterisieren diese Geheimhaltung als „völlig überzogen“ und verweisen auf „das Programm der Offenheit“ der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) als die berühmte Ausnahme. So begrüßenswert ein vergleichbares Programm des Bundesnachrichtendienstes (BND) wäre (und erste Maßnahmen des neuen Präsidenten deuten darauf hin, daß auch beim BND ein Prozeß des Umdenkens beginnt), so muß jedoch an die Adresse der deutschen Historiker gefragt werden, wie sehr wissenschaftliche Tabus oder schlicht der Mangel an professionellen Hintergrundkenntnissen über Struktur und Arbeitsweise der Dienste die Sicht zum Erkennen vorhandener und verwertbarer Informationen trüben.

Eindrucksvolle Beiträge

Deutschland - sowohl die Bundesrepublik für den Westen, wie die DDR für die Sowjetunion - spielt eine zentrale Rolle in der Geschichte des Kalten Krieges, insbesondere auch bei den Geheimdiensten. Die Autoren stellen die Frage, warum man sich in Deutschland so wenig für diese Thematik interessiert, während, wie die Beiträge des Sammelbandes eindrucksvoll belegen, in den USA, Großbritannien, Frankreich und inzwischen auch in Rußland die Forschung sehr viel intensiver betrieben wird. Eine Antwort geben die Herausgeber, wenn sie auf die anders geartete Situation der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg hinweisen und darüber hinaus feststellen, daß an deutschen Universitäten „herkömmliche Militärgeschichte ... seit längerem verpönt“ ist. Das war nach dem Krieg nicht immer so, und auch heute artikuliert sich eine neue Generation von jüngeren Professoren (was ja auch der vorliegende Band beweist) zu Themen wie dem Gebrauch der Nachrichtendienste durch die Politik oder zur Rolle der Geheimdienste bei der Beobachtung und Kontrolle von Gefährdungen wie Terrorismus, Regionalkonflikte und Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Die Beiträge des Sammelbandes sind in vier Kapitel geordnet. Das erste widmet sich den grundsätzlichen Problemen und Perspektiven der Nachrichtendienste im Kalten Krieg. Der angesessene britische Historiker Christopher Andrew kommt dabei zu aufsehenerregenden Schlußfolgerungen.

Riesiges Quantum

Während inzwischen allgemein bekannt ist, daß der technischen Aufklärung ein gewichtiger, manchmal entscheidender Einfluß auf die britisch-amerikanischen Operationen während des Zweiten Weltkriegs zu kam, scheint „das Interesse der Historiker“ an den Ergebnissen der Fernmeldeaufklärung“ mit dem Jahr 1945 abzubrechen“. Darstellungen über wichtige Ereignisse des Kalten Krieges „wagen nicht einmal den Versuch“, das riesige Quantum an entschlüsselten Fernmeldeinformationen zu bewältigen.

Die Schlußfolgerung ist offensichtlich. Nach 1974 bis 1979 mußte die Geschichte des Zweiten Weltkrieges im Lichte der ULTRA-Erkenntnisse in vielen Aspekten neu geschrieben und bewertet werden. Für die Geschichte des Kalten Krieges könnte es eine vergleichbare Entwicklung geben, sobald die Archive der Geheimdienste mit dem umfangreichen Material aus der Fernmeldeaufklärung

geöffnet werden.

Das zweite Kapitel widmet sich mit vier Beiträgen den Nachrichtendiensten der Westmächte, insbesondere der CIA und dem französischen Nachrichtendienst, während der ersten Jahre des Kalten Krieges, gefolgt von drei russischen Beiträgen über die Nachrichtendienste der Sowjetunion im dritten Kapitel. Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit den deutschen Nachrichtendiensten. Hansjörg Geiger, bis Juli 1995 Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, legt in seinem eindrucksvollen Bericht „das weltweit einmalige Experiment“ dar, welches mit dem Stasi-Unterlagengesetz in Deutschland unternommen worden ist. „In keinem anderen Land der Welt sind bislang nach dem Zusammenbruch einer Dik-

Weitgehende Aktenvernichtung

tatur die Akten der jeweiligen Geheimdienste so offengelegt worden.“ Hinzuzufügen wäre, daß leider die Akten der Hauptverwaltung Aufklärung (Auslandsnachrichtendienst der DDR) von Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) weitgehend vernichtet worden sind.

Die Unterlagen der Stasi haben eine herausragende Bedeutung für die Ge-

schichtsforschung zur inneren Entwicklung der DDR und ihre Beziehungen zur Bundesrepublik. Die Beiträge von Roger Engelmann und des Stasi-Opfers Karl-Wilhelm Fricke zeigen dies auf beeindruckende Art und Weise und lassen gleichzeitig vor dem Abgrund an Infamie und Stasi-Terror erschrecken. Hier wird deutlich, daß sich die Stasi von den westlichen Geheimdiensten in etwa so unterscheidet wie während der Nazi-Diktatur die Gestapo von den westalliierten Diensten. Nach der Lektüre dieses Kapitels vergeht einem jeder Gedanke an Vergleichbarkeit oder „moralischer Äquivalenz“, wie er in bestimmten westdeutschen Intellektuellenzirkeln ebenso gängig war wie bei Markus Wolff, dem ehemaligen Chef der Hauptabteilung Aufklärung des MfS, der seine frühere Organisation so gerne mit dem BND vergleicht.

Die 14 Beiträge des Sammelbandes von Autoren aus fünf Ländern gehen auf ein Symposium zurück, das vom „Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V.“ 1995 veranstaltet worden ist. Sie sind flüssig, manchmal regelrecht spannend geschrieben und gut übersetzt. Es wird auf eine Vielzahl von Forschungsfeldern hingewiesen, die der zukünftigen Bearbeitung harrten.

Spannend geschrieben

Potentielle Doktoranden werden neue Anregungen für vielversprechende Forschungsansätze finden. Die Edition ist ansprechend und hält hohen wissenschaftlichen Qualitätsstandards stand. Der Akademie für Politische Bildung in Tutzing sowie Wolfgang Krieger und Jürgen Weber, die den Band herausgegeben haben, ist eine gute Arbeit gelungen. ■

Sigurd Hess in: *Marine Forum* 4/97

Wolfgang Krieger/Jürgen Weber
Spionage für den Frieden?

Mafiosi und Spione

Spannender Lesestoff für den Strand und Berge: Die CIA legt nach Ende des Kalten Krieges ihre Akten auf den Tisch, und aussteigewillige Mafiosi durchbrechen als Kronzeugen der Staatsanwaltschaft das Gesetz des Schweigens - eine neue Offenheit erschließt seriösen Historikern und Journalisten zwei Milieus, deren Tarnung früher nur die Fantasie von Romanciers durchdringen konnte: die Geheimdienste und das organisierte Verbrechen. Das Resultat sind Tatsachen-Thriller - eine lohnende Ferienlektüre.

Amerikaner, die anekdotenreich von frühen Aktionen der CIA erzählen, Russen, die anhand persönlicher Erinnerungen der Beteiligten den KGB durchleuchten, und Deutsche, die Strukturen der Stasi und Biographien von BND-Pionieren aufarbeiten, setzen die Hauptakzente in einer Aufsatzsammlung der Akademie für Politische Bildung. Besonders die amerikanischen Beiträge sind ebenso unterhaltsam wie fiktive Spionagegeschichten, von denen sich die Herausgeber unnötig heftig distanzieren, um dadurch ihre Reputation als seriöse Historiker zu wahren. ■

in: „Capital“ 6/97

Freundliche Feinde

Dieser Sammelband vereint zehn Beiträge zu einer Konferenz, die im Frühjahr 1995 anlässlich des 50. Jahrestages der deutschen Kapitulation unter dem Titel „Die Niederlage, die eine Befreiung war“ in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing stattfand und vier weitere Aufsätze zum Thema. Zur Diskussion um die Bewertung des 8. Mai liefert der Band nichts grundlegend Neues, dennoch kann man ihn als eine lesenswerte Zusammenstellung empfehlen, die einen guten und niveauvollen Überblick bietet, wenngleich mit einigen thematischen Überschneidungen, insbesondere was den Beitrag der US-Amerikaner zur Demokratiegründung in Deutschland anbetrifft.

Das Podium der Veranstaltung war durchweg hochkarätig besetzt. Nun lieferten die Referenten ihre auf der Konferenz gemachten Ausführungen in schriftlicher Form nach, wobei nicht wenige aus vor kurzem veröffentlichten größeren Arbeiten Zusammenfassungen geben, so etwa Klaus-Dietmar Henke aus seinem Monumentalwerk „Die amerikanische Besetzung Deutschlands“ (München 1995) oder Hermann-Josef Rupieper aus seinem 1993 erschienenen „Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie“ (Opladen) sowie Rolf Schörken, der 1994 eine Untersuchung über „Jugend 1945“ (Frankfurt a. M.) vorlegte.

Weichenstellungen

Nach der Einleitung der Herausgeber setzt Karl Dietrich Bracher das „Epochejahr 1945“ in den geschichtlichen Kontext der Spanne zwischen 1914/18 und 1989, wobei er den europäischen Rahmen der Entwicklungen hervorhebt. Es folgen vier Aufsätze zu den Weichenstellungen nach der deutschen Kapitulation (Hermann Graml über die „Befindlichkeit“ der Deutschen am Kriegsende, auch er die europäische Komponente betonend), zur Position der Ameri-



in diesem Abschnitt reflektieren Alfonso Söllner über die erstaunlich schnelle, aber doch ambivalente Herausbildung einer demokratischen Kultur sowie die Konsequenzen, die daraus heute noch zu ziehen sind, und Norbert Frei über die bisher in der Historiographie und anderen Disziplinen nur unzureichend untersuchte „Vergangenheitsbewältigung“. Frei beschreibt für die Anfangsjahre der

Beunruhigende Ergebnisse

Bundesrepublik Deutschland eine „Vergangenheitspolitik“ unter den

Heinrich Oberreuter/
Jürgen Weber (Hrsg.):
**Freundliche Feinde? Die
Alliierten und die Demokratie-
gründung in Deutschland.**
Günter Otzog Verlag,
München/Landsberg am Lech
1996, 240 Seiten.
DM 32,-

Stichworten Amnestie, Integration und Abgrenzung, mit der bis Mitte der 50er Jahre vor allem die Vergangenheitsbewältigung durch die Alliierten (also die zunächst aufgezwungene Entnazifizierung) „bewältigt“, d.h. wieder rückgängig gemacht wurde.

Unter den Aufsätzen der Historiker und Politikwissenschaftler - übrigens keiner einzigen Wissenschaftlerin - sticht der Beitrag von Edgar Piel, einem Mitarbeiter des Instituts für Demoskopie in Allensbach, heraus, in dem Zahlenmaterial aus Umfragen über die Spuren der NS-Ideologie im Nachkriegsdeutschland vorgelegt wird. Erschreckend ist nicht nur, daß 1948 57% der Westdeutschen - für Ostdeutschland gibt es keine vergleichbaren Umfragen - den Nationalsozialismus für eine gute Idee hielten, die nur schlecht umgesetzt wurde. Beunruhigen müssen auch Umfrageergebnisse aus dem Jahr 1987, die belegen, daß es immer noch einen Bevölkerungsanteil von 15 % gab, der antisemitisch eingestellt war. Und überaus interessant ist die Vergleichszahl,

kaner (Henke und Thomas Schlemmer) und der Sowjets (Gerhard Wettig) weist auf der Grundlage neuer Forschungsergebnisse einmal mehr nach, daß Stalin und seine Nachfolger nicht bereit waren, „ihren“ Teil Deutschlands der Wiedervereinigung zu opfern).

Im folgenden Abschnitt geht es um die Einstellung der Deutschen zur Demokratie, wobei als Zeuge der frühere Direktor der Akademie in Tutzing, Manfred Hättich, ein bewegend subjektives Bild zeichnet und Schörken den besonderen Umgang mit der Niederlage und dem Friedensbeginn beschreibt, den Jugendlichen pflegten, die noch keine Erfahrungen mit Demokratie hatten sammeln können. Ebenfalls

daß auch 60 % der ostdeutschen Bevölkerung über den Sozialismus im nachhinein aussagen, es sei eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.

Sozialismus als gute Idee

Im dritten und letzten Teil gehen Rupieper, Adolf M. Birke und Jérôme Vaillant der amerikanischen, britischen und französischen Demokratisierungspolitik in den jeweiligen Besatzungszonen nach und beschreiben

die Ergebnisse. Während sich für einige Beiträge Vergleiche zwischen dem Kriegsende 1918 und 1945 anbieten, wird an anderen Stellen verglichen, wie man in West- und wie man in Ostdeutschland mit der Vergangenheit(sbewältigung) umging bzw. welche Wirkung die nationalsozialistische und die kommunistische Ideologie auf die jeweilige Bevölkerung hatten (wobei Schörken und Piel zu der Erkenntnis kommen, daß die Ideologie gewissermaßen an der Oberfläche blieb, so „total“ sie jeweils auch gewe-

sen sein mag). Fazit nach der Lektüre: Das Fragezeichen im Titel bezieht sich eindeutig auf die östliche Siegermacht, ansonsten waren die Beiträge der Amerikaner zur Demokratiegründung in Deutschland insgesamt am größten. ■

Anjana Buckow
in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 4/97

senschaft und den Medien den Ursachen für die derzeitige Krise des Sozialstaats nach und diskutieren Lösungsansätze. Die sattsam diskutierten Remedien wie etwa die Senkung der Staatsquote und der Lohnnebenkosten, die Verschlankung von Staat und Verwaltung, Investitionen in Zukunftstechnologien können die Situation nicht allein verbessern. Grundlegendes Umdenken in der Wirtschafts- und

Der bezahlbare Wohlstand

Hat der deutsche Sozialstaat, wie er sich in über hundert Jahren herausgebildet hat, noch Zukunft? Fast jeden Monat verunsichern neue Rekordmarken der Arbeitslosenzahlen die Bevölkerung. Arbeitnehmer wie Arbeitgeber sehen sich mit stetig stei-

Deutschland international - heute: global - konkurrenzfähig zu produzieren. Zugleich befürchten viele Versicherte, künftig nur erheblich eingeschränkte Leistungen zu erhalten. Schon diese Schlaglichter machen deutlich: Das einstige Erfolgsmodell



genden Beiträgen zu den Sozialversicherungen konfrontiert, die inzwischen schon über 40% des Brutto- lohns betragen. Sie tragen ein Gutteil zu den hohen Lohnnebenkosten bei, die es immer schwieriger machen, in

Josef Bleimeler/ Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Der bezahlbare Wohlstand
Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag
Günter Oltrog Verlag, Landsberg am Lech,
1997, 176 Seiten, DM 16,80

Die Autoren:

Josef Bleimeler
Hans-Joachim Braczyk
Wolfgang Dettling
Ane Heise
Hans-Jürgen Krupp
Meinhard Miegel

Heinrich Oberreuter
Hans Ruh
Albrecht Schmidt
Rolf Peter Sieferle
Edmund Stoiber
Norbert Walter

„Wohlstandsstandort Bundesrepublik“ ist in Verunsicherungen geraten. Ihm stehen tiefgreifende Veränderungen bevor. Der Reformbedarf wird sichtbar, wenn man sich einerseits die Grundprinzipien der deutschen Sozialstaatskonzeption verdeutlicht, andererseits aber zugleich die Auswirkungen der Globalisierung vor Augen führt. In diesem Buch gehen namhafte Experten aus Wirtschaft, Politik, Wis-

Sozialpolitik muß einsetzen, das Anspruchsdenken des Einzelnen muß sich ändern, die Rolle des Staates neu definiert werden. Ob sich dies eher durch eine Reduzierung staatlicher Ordnungspolitik oder aber durch vermehrte staatliche Lenkung (Stichwort Industriepolitik, Konjunkturpolitik) realisieren läßt, wird kontrovers diskutiert. ■

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsaleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

Nr. 1* 7. - 9. 1.	Leben in der Mediengesellschaft Orientierungen in der Informationsflut - Neue Medien: Chancen und Risiken von Multi-Media Leitung: Diemer/Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 2 9. - 11. 1.	Politikstillstand durch Reformunfähigkeit? Deutschland im globalen Wettbewerb Leitung: Oberreuter/Denzer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 4* 12. - 15. 1.	Die Krise als Chance - Wirtschafts- und sozialpolitische Perspektiven für das nächste Jahrzehnt Tagung mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern Leitung: Willenborg	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 5* 19. - 24. 1.	Model United Nations Europa - Forum 1998 - Die EU erleben Planspiele zum Ministerrat, Mittelmeergipfel COREPER für Studenten/innen aus aller Welt in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zur Förderung von Model United Nations, München und dem Institut für Völkerrecht der LMU München Leitung: Piazolo	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 6 22. - 24. 1.	DIE GRÜNEN: Wo sie herkommen - wer sie sind - wo sie hingehen Tagung in der Festung Marienberg/ Würzburg Leitung: Oberreuter/Kranenpohl	Sekretariat: Barbara Weisenborn Tel. 08158/256-47
Nr. 7* 26. - 30. 1	Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichte - Deutschland und seine demokratischen Traditionen Fortschulungsseminar für Geschichts- und Sozialkundelehrer an Gymnasien, Realschulen und Berufsoberschulen in Zusammenarbeit mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen Leitung: Weber/Münchenbach	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 8* 26. - 30. 1.	Deutschland in der Nachkriegszeit Fortschulungsseminar für Hauptschullehrer/innen in Kooperation mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen Leitung: Willenborg/Zimmermann	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 9* 30. - 31. 1.	Viel Zukunft, aber keine Perspektive? Intergenerationelle Konflikte in unserer Gesellschaft Tagung mit den Jugendorganisationen der politischen Parteien Leitung: Kranenpohl	Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

Februar

Nr. 10 2. - 4. 2.	Immer schneller und aktueller - auch professioneller? Hörfunk als Nachrichtenmedium im Informationswettbewerb - Workshop für Radioleute in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung Leitung: Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
-----------------------------	---	--

Themen Tagungen Termine

- Nr. 11**
5. - 7. 2. **Vereinigte Staaten von Amerika -**
50 Jahre Garant für Frieden in Europa
1. Tutzinger Forum für Internationale Beziehungen
Leitung: Denzer Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 12***
9. - 13. 2. **Parlamentarismus in der deutschen Verfassungsgeschichte**
Kooperationsseminar mit dem Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Universität Passau
Leitung: Oberreuter/Kranenpohl Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49
- Nr. 14**
9. - 13. 2. **Interview - und Kommunikationstraining**
Für Volontäre und journalistische Berufsanfänger
in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 15***
16. - 20. 2. **Die Gemeinde als politischer Handlungsraum**
für Sozialkundelehrer an Hauptschulen
in Zusammenarbeit mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen
Leitung: Piazolo/Zimmermann Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 16***
16. - 20. 2. **Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt**
für Sozialkundelehrer an Gymnasien und Realschulen
in Zusammenarbeit mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen
Leitung: Diemer/Schorm Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 17***
25. - 27. 2. **Freie Marktwirtschaft versus Soziale Gerechtigkeit?**
für Verbandsfrauen, Funktionsträgerinnen AEH
in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauenbund (AEH)
Leitung: Piazolo Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 18***
27. - 28. 2. **Bildungspolitische Entwicklungen in der Großstadtschule**
Lehrerseminar in Kooperation mit dem Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverband (MLLV)
Leitung: Schröder Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 19**
27. - 28. 2. **Erinnerung als Fundament der demokratischen Zukunft**
Tagung mit Vertretern von Gedenkstätten der NS-Verfolgung, Zeithistorikern und der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten
Leitung: Maruhn Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

März

- Nr. 20**
2. - 4. 3. **Medien und politische Bildung in Bayern**
Koordinationstagung verschiedener medienpädagogischer Projekte
(vorrangig für Multiplikatoren politischer Bildungsarbeit)
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 22**
5. - 7. 3. **Soziale Gerechtigkeit I**
Beginn einer Konferenzreihe, die die Grundlagenreflexion über soziale Gerechtigkeit heute verbindet mit der Diskussion von Reformkonzepten für unsere sozialen Sicherungssysteme
Leitung: Grosch/Willenborg Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

April

Zeitung-Echo + Medienstimmen + Pressesplitter

Akademie-Arbeit und Veranstaltungen im Spiegel der Medien

Rentensystem spaltet Generationen

Kontroverse Diskussionen versprach der provozierende Titel einer Akademieveranstaltung im September 1997 in München, zu der die Akademie gemeinsam mit der Landesversicherungsanstalt Oberbayern eingeladen hatte. Das provozierende Motto lautete: „Plündern die Alten die Jungen aus?“

Fritz Schwab schreibt über die Veranstaltung in den „Stuttgarter Nachrichten“:

„Die Kritiker des bestehenden Systems ließen sich nicht lange bitten. Von einer ‚dynamischen Ausbeutung der jungen Generation‘ sprach der Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, Michael Kauch. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland zwinge die Politik, den Generationenvertrag aufzukündigen. Andernfalls sei in den kommenden 30 Jahren eine Explosion der Rentenbeiträge von 20 auf 40% die Folge...

Ein ‚verfassungsjuristisches Chaos‘ prognostiziert der Juraprofessor Hans-Jürgen Papier. Ein radikaler Systembruch sei nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts überhaupt nicht möglich. Die durch Rentenbeitragszahlungen erworbenen Anwartschaften könnten nicht mit einem einzigen Federstrich beseitigt werden. Der von der Verfassung garantierte Eigentumsschutz verhindere somit das Ende der gesetzlichen Rentenversicherung.

„Das Machbare setzt die Grenzen“ kontert Systemkritikerin Heidi Schüller. „Die zivilisierte Gesellschaft darf sich von den Alten und Schwachen nicht an die Kette legen lassen.“ Die Medizinerin und Buchautorin appelliert aber auch an die Einsicht der älteren Generation, um „eine Sozialstaats-Revision zu schultern“. Für die Älteren bedeutet diese Einsicht in der Praxis allerdings einen spürbaren Verzicht auf Leistungen aus den Sozialkassen.“

Unter dem Titel „Nur mehr Beschäftigung sichert die Renten“ schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ über die gleiche Veranstaltung:

„Der Wechsel vom Erwerbseinkommen in die Rente dürfe kein Schritt in die Altersarmut werden, sagte Franz Ruland, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungs träger (VDR)... Schon heute seien 23,7 Jahre Beitragszahlung notwendig, um eine Rente zu erhalten, die dem Sozialhilfebedarf alleinstehender Rentner von 1.122 DM entspreche. Wer fordere, das Rentenniveau abzusenken, um der privaten Vorsorge mehr Gewicht zu geben, verkenne die Realität. Familien mit Kindern, Personen mit niedrigem Einkommen oder hohem Krankenrisiko könnten sich eine eigene Absicherung gar nicht leisten. Das führe nur dazu, daß die Kommunen als Sozialhilfeträger einspringen müßten. Zudem bedeute mehr private Vorsorge auch weniger Konsum. Daß ein Wechsel zur Grundrente nichts bringe, zeigten die Erfahrungen anderer Länder. Wer steuerfinanzierte Grundrentensysteme eingeführt habe, habe stets auch ergänzende Pflichtversicherungssysteme geschaffen, um die Differenz zwischen Grundrente und Sicherung des Lebensstandards abzudecken. Schweden wechsle im übrigen zur Sozialversicherung. Ruland: ‚Überlegungen in Richtung Grundrente sollten endlich zu den Akten genommen werden.‘ ...“

Auch Ludwig Bergner von der LVA Oberbayern hält die These, daß das gegenwärtige Rentensystem eine Fehlkonstruktion ist, für falsch. Der hohe Beitragssatz sei eine Folge der Arbeitslosigkeit und der Deutschen Einheit. 100 000 Arbeitslose führten zu Beitragsausfällen zwischen 400 und 600 Millionen DM im Jahr, und die Frühverrentungen belasteten die Rentenkasse jährlich mit rund 18 Milliarden DM.“

Die NATO zu neuen Ufern

Unter der Überschrift „Moral und Ethik als Kompaß der Politik“ schreibt Werner von Busch am 21.10.1997 im „Nordbayerischen Kuriere“ (Auszug):

„Laut Dieter Wellershoff, militärischem Denker und früherem Generalinspekteur bei der NATO wurden schon 1989 die „Bedrohungen“ durch „Risiken“ ausgetauscht - der klassische Territorialkonflikt sei durch den Bürgerkrieg als Szenario ersetzt, meinte Wellershoff. Daraus ergäben sich andere Anspruchsprofile für die NATO - eben auch sozialpolitische Zielsetzungen. ‚Eine gefestigte Demokratie ist der beste Garant für eine Friedenspolitik‘. Das sei auch besser, weil dauerhafter, als der jetzt vielbenutzte Begriff der „Freundschaft“ zwischen den Völkern. Es gelte der Satz, daß in diesem Jahrhundert noch keine zwei Demokratien Krieg gegeneinander geführt hätten. ‚Es gibt keinen Zweifel, Moral und Ethik des politischen Handelns sind mehr denn je gefragt. Sie sind der Kompaß des Handelns, nachdem das bipolare Weltbild weggefallen ist.‘“

Mit Blick auf Bosnien meinte Wellershoff, das Recht, auch das Völkerrecht, müsse Kraft haben. Maßstab der Seriosität von Politik sei eben auch deren Durchsetzung, gegebenenfalls mit militärischen Mitteln, wie derzeit von der NATO in Bosnien exerziert.

Der frühere Vier-Sterne-General redete einer baldigen Erweiterung der NATO über die drei Beitrittskandidaten Ungarn, Tschechien und Polen hinaus nicht das Wort. Allein durch die NATO-Erweiterung, ein Begriff, den er gerne durch „Öffnung“ ersetzt gesehen hätte, gebe die NATO auch Ländern wie den drei Baltenstaaten und letztlich auch Russland größere Stabilität(...“

Anmeldung zu offenen Akademietagungen

An die
Akademie für politische Bildung

82323 Tutzing

Ich interessiere mich für folgende Seminare (bitte entsprechende Nummern ankreuzen) und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:

1* 2 4* 5* 6 7* 8* 9* 10 11 12* 14

15* 16* 17* 18* 19 20 22 23* 24 26* 27 28

29 30 30a 31* 32 33

Für Tagungsnummern mit * gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur noch in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für politische Bildung Tutzing

Bitte senden Sie den Akademie-Report und das Halbjahresprogramm 1/98 auch an:

Name..... Vorname.....

Anschrift.....

Beruf..... Institution.....

Themen Tagungen Termine

Politikstillstand durch Reformunfähigkeit? Deutschland im globalen Wettbewerb

Nr. 2/98, 9. - 11. Januar 1998

Fordert der globale Wettbewerb nicht nur von der Politik und der Gesellschaft in Deutschland erhebliche Reformanstrengungen, sondern auch eine Reform des Systems, nämlich eine Effizienzsteigerung der parlamentarischen Demokratie und eine Reform des Föderalismus? Dieses spannenden Themas wird sich eine hochrangige Politikerrunde u.a. mit Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag und dem Bayerischen Ministerpräsidenten annehmen. Daneben stehen Diskussionsforen der Wissenschaft, der Medien, der Meinungs- und politischen Kulturforschung und der Erfahrungen aus anderen Ländern.

Leitung: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Dr. Horst Denzer

Tagungsgebühr: DM 90,-
Tagungssekretärin: Renate Heinz, Tel. 08158/256-50.

Die jugoslawische Region in Europa - Widersprüche, Vielfalt, Perspektiven -

Nr. 32/98, 14.-17. April 1998

Der Bruch der jugoslawischen Kommunisten mit Stalin, die Geburtsstunde des „Titoismus“ und der „Blockfreien“ vor 50 Jahren, war der erste spektakuläre Riß im Weltkommunismus. Titos Weggefährte Milovan Djilas trieb die Kritik weiter bis zur Generalabrechnung mit der gesamten kommunistischen Diktatur und plädierte letztlich für die moderne pluralistische Demokratie. Damals bezahlten er und andere seiner Denkungsart mit Haft in Titos Gefängnissen. Doch später, parallel zur Auflösung der Sowjetblocks, kam die freiheitliche Vision in Teilen des zerbrechenden jugoslawischen Staatsgebildes auf widersprüchsvolle Weise zum Durchbruch.

Mit Zeitzeugen, Akteuren und Wissenschaftlern sollen die Ereignisse eines halben Jahrhunderts sowie folgende Fragen erörtert werden: Welches Gewicht haben soziale, historische, ethnische und konfessionelle Faktoren? Welche Zukunftsperspektiven gibt es? Welche Beiträge kann diese Region für das künftige Europa leisten?

Leitung: Gebhard Diemer
Jürgen Maruhn

Teilnahmegebühr: DM 120,-; für Auszubildende, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende DM 60,-
Tagungssekretärin: Heike Bäuerle, Tel.: 08158 / 256-46

Vereinigte Staaten von Amerika - 50 Jahre Garant für Frieden in Europa

1. Tutzinger Forum für Internationale Beziehungen

Nr. 11/98, 5. - 7. Februar 1998

Mit dieser Tagung beginnt die Akademie eine Reihe „Tutzinger Foren für Internationale Beziehungen“, in der alle Nachbarn und die wichtigsten Partner Deutschlands vorgestellt werden. Den Beginn machen die USA, Deutschlands wichtigster Partner nach dem Zweiten Weltkrieg. Anlässlich des 50. Jahrestags der Verabsiedlung des Marshall-Plans und des Beginns der Berliner Luftbrücke will die Tagung nicht nur die unvergesslichen Verdienste Amerikas in den ersten Nachkriegsjahren würdigen, sondern mehr noch den heutigen Stand und die Zukunft der deutsch-amerikanischen und der transatlantischen Beziehungen beleuchten. Hauptredner wird voraussichtlich der amerikanische Verteidigungsminister William S. Cohen sein.

Leitung: Dr. Horst Denzer

Teilnahmegebühr: DM 90,-
Tagungssekretärin: Renate Heinz, Tel. 08158/256-50

Nachbar Tschechien

2. Tutzinger Forum für Internationale Beziehungen

Nr. 30/98, 30. März - 1. April 1998

Die 8er Jahre sind immer Schicksalsjahre der Tschechen gewesen, angefangen mit der Staatsgründung 1918 über das Münchner Abkommen 1938, die Machtergreifung der Kommunisten 1948 bis zum Prager Frühling 1968. Aus diesem Anlaß will die Tagung - das 2. Tutzinger für Internationale Beziehungen - die schwierige deutsch-tschechische Geschichte fruchtbar machen für eine bessere gemeinsame Zukunft. Insbesondere die Sudetendeutschen, einst Leidtragende deutsch-tschechischer Konflikte, könnten eine Brücke sein in die gemeinsame europäische Zukunft. Nach der deutsch-tschechischen Erklärung gilt es nun, die vielfältigen Beziehungen zu intensivieren und eine nicht leichte Nachbarschaft zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zu wandeln. Die Tagung will dazu einen Beitrag leisten. Geplante Hauptredner sind der deutsche und der tschechische Außenminister.

Leitung: Dr. Horst Denzer

Teilnahmegebühr: DM 90,-
Tagungssekretärin: Heike Bäuerle, Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Mitentscheidung oder Partizipationsplacebo? Modelle für die Beteiligung von Jugendlichen in der Kommunalpolitik

Nr. 29/98, 27./28. März 1997

Aus unterschiedlichen Gründen wird in den letzten Jahren intensiv über die Frage diskutiert, wie Jugendliche stärker an kommunalen Entscheidungen beteiligt werden können. Die Motive sind dabei vielfältig: Einerseits gebieten das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes von 1989 und das Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendrechts von 1990, Jugendliche in angemessener Form zu beteiligen. Andererseits soll durch stärkere Partizipation verhindert werden, daß sich die nachwachsende Generation dem politischen System zunehmend entfremdet. Schließlich gibt es angesichts leerer Gemeindekassen auch pragmatische Ansätze in der Kommunalpolitik, die Jugendhilfe durch stärkere Beteiligung der Betroffenen zu optimieren.

Dem breiten Panorama von Beweggründen entspricht eine große Spannweite von Modellen, die von einer Senkung des Wahlalters in den Kommunen über repräsentative Formen wie Jugendgemeinderäte bis zu offenen, projektbezogenen Beteiligungsformen reichen. Der Information über die Chancen, aber auch Probleme der einzelnen Modelle sowie dem praktischen Erfahrungsaustausch soll diese Tagung, die sich primär an in der Jugendpolitik und Jugendpflege Tätige (aber auch alle anderen Interessierten) richtet, dienen.

Leitung: Uwe Kranenpohl, M.A.

Tagungsgebühr: DM 60,- (ermäßigt DM 30,-)
Tagungssekretärin: Karin Sittkus, Tel. 08158/256-49

DIE GRÜNEN: Wo sie herkommen - wer sie sind - wo sie hingehen

Nr. 9/98, 22. - 24. Januar 1997

Außentagung auf der Festung Marienberg in Würzburg

Anfang der achtziger Jahre als „Antiparteien-Partei“ angetreten, sind die Grünen heute in fünf Bundesländern in der Regierungsverantwortung. Sie sind zu einem bedeutenden Akteur im politischen System Deutschlands geworden. Vor dem Hintergrund dieser Erfolgsgeschichte sollen gesellschaftliche und politische Zukunftsperspektiven auf den Prüfstand. Welche Angebote haben Die Grünen, wie sind sie begründet und wie bestehen sie im Urteil konkurrierender Parteien und gesellschaftlicher Kräfte? Sind Die Grünen mittlerweile eine ganz normale Partei und wie ist der Weg von der APO in die Regierung verlaufen?

Bisher zugesagte Referenten:

Wolfgang Hoderlein, Generalsekretär der Bayern SPD

Joachim Hermann, stellv. CSU-Generalsekretär

Fritz Schösser, DGB-Vorsitzender Bayern

Lukas Beckmann, MdB

Ruth Paulig

Bernhard Schreyer

Dr. Dieter Roth, Forschungsgruppe Wahlen

Dr. Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik, Süddeutsche Zeitung

*Leitung: Prof. Dr. Heinrich Oberreuter,
Uwe Kranenpohl, M.A.*

Tagungsgebühr: DM 100,- (ermäßigt DM 50,-)

(Bitte haben Sie dafür Verständnis, daß die Akademie bei dieser Außentagung keine Übernachtungsmöglichkeit bereitstellen kann).

Tagungssekretärin: Barbara Weisenborn, Tel. 08158/256-47

Immer schneller und aktueller - auch professioneller? Hörfunk als Nachrichtenmedium im Informationswettbewerb

Nr. 10/98, vom 2. - 4. Februar 1998

Workshop für Radioleute in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Den Formaten und Designs sind offenbar keine Grenzen gesetzt: Mit und ohne Musikbett, mit und ohne O-Tönen, superkurz oder knöchellang, klassisch glatt oder modisch aufgemotzt. Auf jeden Fall rund um die Uhr mit dem Ohr am Pulsschlag der Zeit: Nachrichten im Radio.

Inhalte, Präsentationsstile und Verpackungen verändern und unterscheiden sich immer mehr. Je nach Sender und Selbstverständnis der Redakteure. Das Tempo vereint: Immer schneller und aktueller lautet die Devise im Wettbewerb mit den anderen alten und neuen Medien.

Professionalität wird neu definiert. Was bleibt da auf der Strecke? Kann das Publikum seinen Ohren noch trauen?

Der Workshop will aus der Sicht von Nachrichtenmachern und kundigen Beobachtern die Entwicklungen auf dem Markt vorstellen und diskutieren. Wir wollen den Erfahrungsaustausch auf Fragen der handwerklichen und inhaltlichen Qualitätssicherung lenken. Und am Beispiel der Auslandsnachrichten zum Nachdenken über Weltbilder anregen.

Leitung: Dr. Michael Schröder

Barbara Kamutzki (Bundeszentrale f. polit. Bildung)

Teilnahmegebühr: 90,-DM

Tagungssekretärin: Heike Bäuerle, Tel. 08158/256-46

Namen und Nachrichten aus der Akademie

KOLLEGIUM:

Dr. Horst Denzer leitete eine Reisegruppe der Europa-Union Schwaben zur Teilnahme an den „Feldbacher Europa Gesprächen“ in der Südoststeiermark. Er moderierte die Europa-Gespräche am 3. Oktober über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union mit Teilnehmern aus Österreich, Ungarn, Deutschland und von der EU.

Vor Mitgliedern der Bayerischen Staatskanzlei sprach er am 2. September über die politische Situation in den Vereinigten Staaten heute.

Dr. Peter Hampe hielt in der Evangelischen Akademie in Loccum einen Vortrag zum Thema „Globalisierung und Arbeitsmarkt“, sowie bei einer Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Nürnberg einen Vortrag zum Thema „Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus wissenschaftlicher Sicht“.

Auf der Tagung der Bayerischen Landesgruppe der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Tutzing wurden am 13.11.1997 **Prof. Dr. Jürgen Gebhardt** (Universität Erlangen / Kurator der Akademie) und **Dr. Peter Hampe** als Sprecher der Bayerischen Landesgruppe wiedergewählt.

Uwe Kranenpohl hält im Wintersemester 1997/98 die Lehrveranstaltung „Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts“ an der Universität Passau.

Er war Teilnehmer der Podiumsdiskussion der Petra-Kelly-Stiftung: „Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Lähmung der Politik und Diktatur der Minderheiten oder neue Impulse für die Kommunaldemokratie? am 8. 11. 1997.

Dr. Michael Schröder hielt am 2. Oktober im Goethe-Institut München einen Vortrag über das Thema „Ein Staat - zwei Gesellschaften: Bilanz und Perspektive der deutschen Einheit“.

DIREKTOR:

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter war als Sachverständiger bei den Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages „Zukunft der Medien“ und „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (Bonn bzw. Berlin) geladen. Er hielt u.a. Vorträge und bestritt Diskussionen bei der Jahrestagung der German Studies Association (Washington), bei einem Seminar der Schleyer-Stiftung (im Vogtland), bei der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft (Passau), bei der Historiker Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung (Banz) und bei der Jahrestagung des Verbandes der Verwaltungsbeamten (München). Außerdem konzipierte und leitete er die Kooperationstagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und des Thüringer Landtags anlässlich des Thüringer Verfassungstages (Erfurt).

VERWALTUNG:

Hans Kratzer (Hausmeister in der Akademie seit 1980) ist Ende November nach 17-jähriger Tätigkeit in den Ruhestand verabschiedet worden. Wir danken Herrn Kratzer für seinen engagierten Einsatz in den vergangenen Jahren. Seine Nachfolge hat **Michael Wrase** angetreten.

Ausgeschieden sind außerdem **Marie-Luise Scharnigg** (Sekretariat) sowie **Yvette Green** und **Rosa Weidenhiller** (Hauswirtschaft).

Am 17. November hat **Barbara Weisenborn** die Stelle der Chefsekretärin übernommen. **Elke Leisching**, bisherige Chefsekretärin und Sekretariatsleiterin, ist zum 1.12.1997 in das Organisationsreferat übergewechselt.

Wir begrüßen außerdem unsere neuen Mitarbeiterinnen **Anna Aratsch**, **Jutta-Ilse Botschner**, **Lili-Katarina Dengel** und **Beate Gelbrich** in der Hauswirtschaft sowie **Konrad Lutzke**, der die Nachfolge von Michael Wrase als Gärtner antritt.

Ursula Paull verabschiedet

Sie war eine Institution im Hause. 24 Jahre arbeitete sie in aller Stille und Gelassenheit gewissenhaft und souverän, ohne sich von der im Tagungsbetrieb einer Akademie üblichen Hektik anstecken zu lassen: **Ursula Paull**, Chefsekretärin - Sekretariatsleiterin - Organisationsreferentin.

Ende Juli war es Zeit, Abschied zu nehmen. Frau Pauli genießt seitdem den Vorruhestand. Sie begann am 1. Juli 1973 als Tagungssekretärin ihre Tätigkeit in der Akademie. Von 1976 bis 1987 war sie Chefsekretärin des damaligen Direktors, Professor Hättich, sowie Leiterin des gesamten Sekretariats. 1988 übernahm sie zusätzlich einen Teil der Aufgaben des Organisationsreferats. Am 1. Juli 1991 wurde sie Organisationsreferentin und gab das Chefsekretariat in andere Hände.

Direktor und Akademie sind Frau Pauli zu großem Dank verpflichtet und hoffen, sie bei entsprechenden Veranstaltungen als Gast wiederzusehen.

JUBILÄEN:

Michael Wrase, neuer Hausmeister der Akademie, feierte am 1. Oktober 15-jähriges Dienstjubiläum.

Dr. Zdenka Planeta (Bibliothek) und **Johanna Schuster** (Hauswirtschaft) sind seit 5 Jahren Mitarbeiterinnen der Akademie.

Soeben ist das Akademieprogramm des ersten Halbjahres 1998 erschienen. Sie können es anfordern über: Akademie für politische Bildung 82323 Tutzing Fax 08158/256-51

Namen und Nachrichten aus der Akademie

KURATORIUM:

Als neue Mitglieder wurden **Renate Schmidt**, MdL, Landesvorsitzende der Bayern SPD, und **Dr. Renate Köcher**, Institut für Demoskopie Allensbach, vom Ministerpräsidenten in das Kuratorium der Akademie berufen.

Prof. Ursula Männle, Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, **Dr. Wilhelm Ebert** und **Dr. Walter Eykmann**, MdL, wurden für weitere sechs Jahre wiederberufen.

Ausgeschieden aus dem Kuratorium sind **Hedda Jungfer** und **Prof. Dr. Otto Roegele** (s. auch S. 25). Die Akademie dankt Frau Jungfer und Prof. Roegele für die Mitarbeit in den vergangenen Jahren.



Renate Schmidt



Dr. Renate Köcher

BEIRAT:

Für die 10. Amtsperiode des Beirates wurden insgesamt 12 Mitglieder neu benannt: Ehrendomkapitular Prälat **Dr. Valentin Doering** (Katholische Kirche), Oberbürgermeister **Fritz Stahl** (Kommunale Spitzenverbände), **Ingeborg Milenovic** (Frauenverbände), **Thomas Morawski** (Berufsjournalisten), **Bernd Schreyer** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), **Siegfried Kett** (Erwachsenenbildung), Rechtsanwältin **Sabine Wernet** (Verband Freier Berufe in Bayern e.V.), **Bernd Lenze** (Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Handwerkskammern), **Johannes Singhammer**, MdL (CSU), **Markus Söder**, MdL (Ring Politischer Jugend Bay-

ern), **Peter Peltzer** (Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände) und **Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen** (Hochschulen). Auf der konstituierenden Sitzung am 27. Oktober wurden **Siegfried Kett** zum neuen Vorsitzenden, **Horst Schmidt** zum Stellv. Vorsitzenden und **Heribert Nehyba** zum Schriftführer gewählt.

Die Akademie dankt allen ausgeschiedenen Beiräten für ihre Unterstützung in den vergangenen Jahren, insbesondere dem langjährigen Beiratsvorsitzenden **Hermann Kumpfmüller**, Verbandsdirektor a.D. (s. auch S. 21).

Der Direktor und das gesamte Team der Akademie wünschen allen LeserInnen und Lesern des „Akademie-Reports“ ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Wir bedanken uns bei allen Freunden und Förderern für die Anregungen und Unterstützung im vergangenen Jahr. Wir freuen uns, wenn Sie uns auch im nächsten Jahr die Treue halten und auch 1998 wieder Gast in unserer Akademie sein werden.